

Vereins-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder
sowie der freien eingeschriebenen Hilfskaffe Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Nr. 17. Erscheint alle Sonnabende.
Abonnementspreis 1,50 M. pro Quartal
Redaktion und Expedition: Hamburg 22,
Schmalenbeckerstr. 17, Fernspr. Amt 3, 3622.

Hamburg,
Sonnabend, 25. April 1908.

Anzeigen kosten die 4 gespaltene Zeile
oder deren Raum 40 Pf. (der Betrag ist
stets vorher einzusenden.)
.. Vereinsanzeigen 20 Pfennig die Zeile ..

22. Jahrg.

Kollegen!

Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes hat uns die Absicht kund gegeben, die strittigen Fragen, die eine Verhandlung in Mannheim unmöglich machten, vor dem Einigungsamte in Berlin, unter Hinzuziehung der Herren Magistratsrat von Schulz, Gerichtsrat Dr. Brenner-München und Beigeordneter Dr. Wiedfeldt-Essen, zur Erledigung zu bringen. Des Ferneren hat man uns mitgeteilt, daß im Anschluß an den Entscheid des Einigungsamtes die weiteren Verhandlungen über einen **Normal-Tarif für alle in der Lohnbewegung stehenden Städte** geführt werden sollen. Ferner soll auch die Frage der ev. Verlängerung der am Schlusse des Jahres zu Ende gehenden Tarifverträge erörtert werden.

Die Verhandlungen werden somit im Laufe der kommenden Woche aufgenommen werden.

Kollegen! Keinesfalls ist aber die Hoffnung gegeben, daß die Aussperrung damit zu Ende geführt sei, denn nach dem uns zugestellten Entwurf handelt es sich bei den Arbeitgebern um den bekannten **„Münchener Leistungstarif“**, der für ganz Deutschland zur Durchführung gelangen soll.

Kollegen! Die Anerkennung eines Leistungstarifs und zwar ohne Lohnerhöhung, wie er durch die Vertreter der Hirsch-Dunderschen und der Christlichen Organisation bereits erfolgt ist, betrachten wir als ein den **Arbeiterinteressen entgegenstehendes Abkommen**, dem die Vertreter unseres Verbandes **niemals** ihre Zustimmung geben werden.

Kollegen! Die Aussperrung, auch dann, wenn sie noch größere Dimensionen annehmen sollte, wie auch der Verrat der übrigen Arbeiterorganisationsvertreter, kann uns **nicht zwingen**, von dem Wege abzuweichen, der zur Verbesserung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses führt.

Kollegen! Neben der Gruppe der Scharfmacher in Süddeutschland sind Tausende von Meistern, die uns durch Einstellung der ausgesperrten Kollegen unterstützen und so es ermöglichen, den Kampf längere Zeit führen zu können.

Wir ersuchen hiermit nochmals, daß alle Kollegen, denen irgend wie die Möglichkeit gegeben ist, Süddeutschland zu verlassen und anderweitig Arbeit anzunehmen, dem nachkommen.

Kollegen! Durch geschlossenes und mutiges Vorgehen, unter **Beibehaltung der von der Verbandsleitung ausgegebenen Parole**, werden wir alle reaktionären Angriffe auf unseren Verband abwehren!

Zur Situation.

Die näheren Berichte aus dem Aussperrungsgebiete liegen uns nun vor. Wir können deshalb feststellen, daß die mit so großem Geschrei angekündigte Aussperrung unserer Mitglieder durch die Scharfmacher des süddeutschen Maler- und Tünchermessterverbandes, die auch mit dem Segen des Hauptvorstandes deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe vollzogen wurde, sich als ein Schlag ins Wasser zeigt. Dem Wahne der Arrangiere, durch eine Generalaussperrung unsere Organisation auf schnellste Art lahm zu legen, dürfte hoffentlich die Ernüchterung nach dem ersten Stadium der „großen Aktion“ als eine heilsame Lehre folgen. Gerade in den hauptsächlich in Betracht kommenden Städten ist der größte Teil der Gehilfenschaft, durchschnittlich über 80 Prozent der Beschäftigten, Mitglied unseres Verbandes. An dieser starken Bilanz können sich die Scharfmacher unter Missistenz des Hirsch-Dunderschen Gewerbevereins und der Christlichen die Hörner abstoßen. Die Malung des Gewerbevereins daher, daß der Südd. Unternehmerverband nur mit den Hirschen und Christlichen einen Vertrag abgeschlossen habe und da, wo es infolge Vorherrschaft des freien Verbandes nicht zu einem Tarifabschluß komme, die allgemeine Aussperrung von etwa 12 000 Malergefellen vorgenommen würde, kann nur von der komischen Seite betrachtet werden.

Eine besondere Korrespondenz des Hauptvorstandes der A. M. sorgt mittlerweile in der bekannten Weise der Uebertreibung für die Berichterstattung an die bürgerliche Presse über den großen Coup, den sich die Scharfmacher unseres Gewerbes geleistet haben. Im blinden Eifer wurde die Korrespondenz sogar an die ausländischen Bruderverbände gesandt. Charakteristisch ist aber für die Macher des danebengelungenen Streiches, daß, wie aus der neuesten Nummer der „S. M.“ hervorgeht, die ollen ehrlichen Seemänner nun versuchen, die Ausstreuerung von den verlogenen Berichten an die „bürgerliche Presse“ unserer Verbandsleitung an die Nachschöbe zu hängen. „Das Generallstabquartier der sozialdemokratischen Gehilfenorganisation in Hamburg“, die „Obergenossen“, die „Oberhosen“, sollen das Karmittel sein, die die „vorzüglich funktionierende Aussperrung“ in Mißfredit bringen wollen. Die „Arbeits-Blg.“ meldet in ihrer Nr. 16, daß allein in Frankfurt a. M. zirka 1800 unserer Mitglieder ausgesperrt wurden. Selbstverständlich erhält auch dies Organ von den Obergenossen seine Mitteilungen. Das gleiche Schauspiel, wie wir es voriges Jahr bei der großen „stiegreichen“ Aussperrung in Rheinland und Westfalen erlebt haben, wiederholt sich von neuem in unveränderter Auflage und

immer neue Ueberraschungen sollen uns noch bevorstehen. Ja, es ist nichts zu dummes, es findet stets sein Publikum.

Ueber die wichtigsten Vorgänge aus dem Aussperrungsgebiet ist folgendes zu berichten:

2. Bezirk.

Insgesamt 1668 Aussperrte in neun Orten aus 339 Werkstellen ist das Resultat der Miesenaussperrung im 2. Bezirk. Die einzelnen Orte weisen folgende Biffern der Aussperrten auf: Darmstadt 107 Ledige, 274 Verheiratete; Frankfurt a. M. 170 Ledige, 331 Verheiratete; Friedberg 12 Ledige, 17 Verheiratete; Hanau 40 Ledige, 78 Verheiratete; Höchst 23 Ledige, 10 Verheiratete; Homburg 21 Ledige, 37 Verheiratete; Offenbach 42 Ledige, 89 Verheiratete; Wiesbaden 181 Ledige, 221 Verheiratete und Worms 8 Ledige, 7 Verheiratete. Die Verheirateten haben insgesamt 1635 Kinder. Unser Verband zählt für die bei der Bewegung in Betracht kommenden Kollegen in den genannten Orten 3700 Mitglieder. Das Resultat der Aussperrung dürfte also den von den Scharfmachern erhofften Druck auf unseren Verband nicht erzeugen. Am stärksten setzte die Aussperrung in Darmstadt ein, doch ist sie auch da durchaus nicht vollständig. In Frankfurt haben von den 97 dem Arbeitgeberverbande angehörende Geschäfte nur 72 ausgesperrt und von diesen wieder ein Teil nur teilweise. Ebenso verhält es sich in Wiesbaden, wo bereits einige Unternehmer die Aussperrung wieder rückgängig machten. In Hanau, Höchst, Homburg und Offenbach ist die Aussperrung ebenfalls nur teilweise eingetreten. Auch die Wormser Unternehmer wollten ihre Aussperrung haben; 13 Kollegen ist das Resultat dieser Selbstat. In Mannheim hatten sich die Unternehmer bereits von der Aussperrung entblenden lassen, doch die Gehilfen haben ihnen diese gute Absicht bereitet. Am 9. April legten dort die Kollegen die Arbeit nieder, nur einige von den bekannten Elementen blieben stehen. Es traten 70 Ledige und 84 Verheiratete in den Streik; 40 Ledige sind bereits abgereist. In Frankfurt waren gleichfalls aus zwei Geschäften 96 Kollegen im Ausstand. Durch Inserate in den Land- und Kreisblättern suchen die Herren nun Ersatz, um wenigstens die aussperrungsmitiden Unternehmer befriedigen zu können. Der Geschäftsführer der Genossenschaft, Herr F. S. Schäfer in Frankfurt, soll die Beute verteilen. Die Christlichen leisten willig Handlangerdienste und haben in Frankfurt, Louisenstraße 50, ein Arbeitswilligenbureau eingerichtet.

In Homburg sagte einer dieser christlichen Selben: „Er wolle Tag und Nacht arbeiten, um den Unternehmern zu helfen.“ Und dies geschieht alles für ein „Vertragsmuster mit der Mindestleistung“, ohne Lohnerhöhung. Eine richtige Unternehmerkuchgruppe.

Um das mögliche Resultat der Aussperrung zu begründen, erklären die Herren vom Arbeitgeberverband, daß bereits viele Kollegen aus unserem Verbandsgebiet ausgetreten seien. Wie solche „fingerte“ Austritte aussehen, zeigt ein Fall aus Wiesbaden, wo mittelst eingeschriebenen Briefes von einem Arbeitgeber 10 Kollegen aus dem Verband abgemeldet wurden. Der Schwindel war aber zu plump, denn zwei Kollegen gehörten den Aussperrten an und die übrigen wußten von einer Unterschrift und ihrem Austritt nichts. Man will also auf diese Weise den Anschein erwecken, diejenigen, die bei den Verbandsmeistern arbeiten, seien Unorganisierte. Wenn's die Herren glauben, wir wollen sie daran nicht stören.

6. Bezirk.

Der Vorstand der Karlsruher Maler- und Tünchermesstervereinigung versandte an seine Mitglieder folgendes Schreiben:

„Maler- und Tünchermesstervereinigung Karlsruhe.
An unsere verehrl. Mitglieder!

Wie Ihnen bereits bekannt sein dürfte, steht die Lohnbewegung in sämtlichen süddeutschen Städten sehr kritisch. — Am nächsten Samstag den 11. ds. Mts. werden die der sozialdemokratischen Organisation angehörenden Gehilfen entlassen, d. h. es dürfen nur noch solche beschäftigt werden, die der Hirsch-Dunderschen, christlichen oder gar keiner Organisation angehören. — Eine Entlassung darf jedoch in Karlsruhe am nächsten Samstag nicht stattfinden, da unser Vertrag bis zum 1. Mai ds. Jrs. unbedingt eingehalten werden muß. — Ob die Differenzen bis 1. Mai beigelegt sind, läßt sich heute noch nicht übersehen und ist daher dringend nötig, daß Sie Ihre Arbeiten bis zum 1. Mai so einrichten, daß Sie jederzeit sich solidarisch mit den übrigen süddeutschen Städten erklären können.

Wir laden Sie deshalb auf Montag den 13. ds. Mts., nachmittags 5 Uhr, in Moninger (Ponfordia-Saal) zu einer Versammlung höflichst ein, mit der Bitte, um pünktliches und vollzähliges Erscheinen.

Karlsruhe, 9. April 1908.

Mit kollegialem Gruß!

Edward Hessel, 2. Vorsitzender.

Der Schreiber dieses Zirkulars hatte jedenfalls schon eine dunkle Ahnung, als er den einleitenden Satz nieder schrieb, denn in der Tat steht die Sache „sehr kritisch“ für die Aussperrungsmacher in München. Sollte übrigens dem ersten Vorsitzenden, Herrn Lacroix, sein Name zu schade gewesen sein, zur Unterzeichnung dieser „Aussperrungsakte“? Wir könnten es durchaus verstehen, denn es ist ohnedies ein ziemlich starkes Stück, wie die Arbeitgeberverbandsleitung mit ihren 4 Gauvorständen im Süden umgesprungen ist und ihre Arbeit annulliert hat.

Gar komisch nimmt sich der an einigen Stellen zum Ausbruch gekommene Jubel führender Geister aus und das Frohlocken, mit dem sie der Mittelwelt verkünden, wie schlagfertig sich ihre junge und schon so glorreiche Organisation erwiesen habe, wenn man in Betracht zieht, daß an einigen Orten die äußersten Anstrengungen der Verbandsleitung gemacht wurden und doch nur ein sehr dürftiges Resultat erzielt werden konnte. In Freiburg haben z. B.

von 90 Unternehmern nur 19 ausgesperrt und zwar von 286 dort beschäftigten Gehilfen nur 93 Kollegen. Selbst der Obermeister hat es nicht sehr genau genommen, denn gerade bei ihm arbeiten einige unserer Mitglieder ungestört weiter, ähnlich übrigens noch in einigen anderen Werkstätten. Prozentual hat die Aussperrung am besten „geklappt“ in Mannheim, wo ja die Kampfeslust der Unternehmern schon bei Beginn der Bewegung kaum gedämpft werden konnte, wozu noch die Wirkung der großen Scharfmacherrede des Herrn Mt. Stolz hinzukam, die derselbe am 22. März im Mannheimer Ballhaus in der „Protestversammlung“ gehalten hatte. (Eine sehr kostspielige Versammlung übrigens, wenn man bedenkt, daß den Teilnehmern großen Teils die Auslagen bezahlt wurden.)

Die Karlsruher spielen zunächst noch die unentwerteten Vertragstreuen, was ja immerhin noch leichter zu ertragen ist, als eine Aussperrung in diesen schönen Tagen, denen man sonst so hoffnungsvoll entgegensehen konnte. Auch in anderen Orten, wie Göttingen und Landau, soll zunächst der Ablauf des Vertrags abgewartet werden und wird man sich in diesen Orten mit der stillen Hoffnung trösten, daß bis dahin „die Sache erledigt ist.“

In Konstanz haben nur zwei Werkstätten ausgesperrt, es handelt sich also dort nur um vereinzelte Kollegen. In Ulm kamen ganze 34 zur Entlassung; in Tübingen wurden 20 Kollegen entlassen, aber sofort wieder weiterbeschäftigt, nachdem dieselben Anspruch auf die ihnen zustehende Kündigungsfrist erhoben. In Heidelberg hatte sich das größte Geschäft mit circa 40 Gehilfen gar nicht an der Aussperrung beteiligt und erst durch eine Differenz mit unseren Kollegen kam es dort ebenfalls zur Aussperrung. In fünf Orten wurden insgesamt 640 Kollegen ausgesperrt, wobei eine beträchtliche Anzahl seither unorganisiert Kollegen sich mit unseren Mitgliedern solidarisch erklärten. Schon im Laufe der ersten Woche dürften von dieser Zahl 150 Abgereifte in Urlaub zu bringen sein; eine beträchtlich höhere Zahl ist mit Ausföhrung von Regiearbeit beschäftigt, daß dies so kommen würde, war vorauszu sehen, einem rückblicklosen Feinde gegenüber kennt man keine Schonung. So züchten sich unsere Herren Scharfmacher in ihren eigenen Reihen selbst die schärfste Konkurrenz, die alle Kalkulationskünste über den Haufen wirft. Die vom Arbeitgeberverband unter der Münchener Führung vorgenommene Aussperrung erweist sich somit auch im 6. Bezirk als ein Schlag ins Wasser.

Eine von Freiburg ausgegebene schwarze Liste enthält 286 Gehilfen, darunter auch sämtliche 36 Christen.

7. Bezirk.

In Rempten ist die Aussperrung zu Ende. Eine teilweise Aussperrung der Maler-, Lärcher-, Radlerer- und Anstreichergehilfen in Nürnberg-Fürth, ist am 15. April abends erfolgt. Die Scharfmacher arbeiteten in den letzten Tagen mit Hochdruck, um wenigstens eine Aussperrung zustande zu bringen. Wie uns berichtet wird, haben sich die Aussperrungswilligen gegenseitig zu einer Konventionalkasse von 500 M verpflichtet müssen, sich an der Aussperrung zu beteiligen.

Daß diese Maßnahme nicht hindern kann, von solchen Abmachungen jeder Zeit zurückzutreten, hätten die Herren auch wissen sollen. Denn solche Konventionalkassen sind nicht einlagbar und kann jeder Beteiligte, sobald es ihm beliebt, von solchen Vereinbarungen zurücktreten.

Die von unseren Kollegen abgehaltenen Versammlungen nahmen zu dem von dem Arbeitgeberverband am 15. April nachmittags eingegangenen Schreiben, worin die Aussperrung angekündigt wurde, Stellung, worauf folgende Resolution einstimmig zur Annahme gelangte:

„Die am 15. April in der Goldenen Rose stattfindende Versammlung der Maler, Lärcher, Radlerer und Anstreichergehilfen nimmt mit Entrüstung von dem Vorgehen des Arbeitgeberverbandes und dem von der Ortsgruppe Nürnberg-Fürth eingegangenen Schreiben, worin die Aussperrung angekündigt wird, Kenntnis.

Sie betrachtet den Kniff des Arbeitgeberverbandes, die Vertretung der angeblich 50 Proz. im Verufe Beschäftigten und nicht im Verbanne (Stz Hamburg) Organisierten, den Hirsch-Dunderschen und Christlichen Gewerkschaften aufzugeben, als eine Kampfweise, die die schärfste Zurückweisung erfordert. Der größte Teil der Gehilfenchaft, also weit über 50 Proz., gehört unserem Verbanne an. Der Rest ist zum größten Teil überhaupt nicht organisiert, kümmert sich somit um das Lohn- und Arbeitsverhältnis nicht und die beiden genannten Verbände mögen in ganz Deutschland nur 2500-3000 Mitglieder aufweisen, während unser Verband 45000 Mitglieder zählt.

Aus dieser Stellungnahme des Arbeitgeberverbandes geht zur Genüge hervor, daß es mit der so oft betonten Friedensliebe von dieser Seite nicht weit her ist, denn sonst könnte er eine so ungerechte Vertretung nicht verlangen.

Die Versammelten erklären sich daher mit den bisherigen Maßnahmen der Verbandsvertreter in allen Punkten vollständig einverstanden und sind bereit, den angebotenen Kampf mit der ganzen Kraft des Verbandes zu führen und sind sich der Sympathie der gesamten Arbeiterchaft sicher. Sie erklären sich jederzeit auf der Grundlage des von den Bezirksleitern mit den Wahllichen und Hirsch-Dunderschen Arbeitgebervertretern vereinbarten Vertragsmuster zu Verhandlungen bereit.“

Am 16. April vormittags hatten auch die Nichtangesperrten die Arbeit eingestellt, um an dem ersten Appell teilzunehmen. Nach kurzer Diskussion wurde auf Urraten der Leitung beschlossen, von einer allgemeinen Arbeitseinstellung Abstand zu nehmen und bei benachteiligten Meistern, die nicht ausgesperrt haben, die Arbeit fortzusetzen.

Somit wird bei diesen Firmen weiter gearbeitet. Diese zur weiteren Arbeit berechtigten Kollegen müssen sich durch eine grüne, von der Leitung ausgestellte Karte legitimieren, hieron mögen die übrigen Bauarbeiter Kenntnis nehmen. Da die Unternehmer an ihre Konfession „gelbe“ Karten verteilt haben, damit sie sich als

die so sehr gewünschten gelben Gewerkschaftler legitimieren können, sei vor Verwechslung und Täuschung gewarnt.

Die Aussperrung ist durchaus nicht durchschlagend, da von 300 Selbständigen in Nürnberg-Fürth nur 110 dem Arbeitgeberverbände angehören und unter den nichtorganisierten Arbeitgebern größere Firmen sind.

Von der Aussperrung sind in Nürnberg 300, in Fürth 52 Kollegen betroffen worden, in Nürnberg stehen noch 320, in Fürth 48 Kollegen allein im Bauberuf in Arbeit.

Bei diesem Stand der Bewegung werden die Herren Scharfmacher im Süddeutschen Malermeister-Verband wohl einsehen, daß sie wohl gerne möchten, aber nicht können. Unter diesen Umständen werden die Wünsche der Scharfmacher, unsere Organisation zu sprengen, nicht in Erfüllung gehen und ihr Plan, mit den Hirsch-Dunderschen — von denen auch nicht ein einziger da ist — und den Christlichen — von denen in Nürnberg-Fürth ganze 8 Mann im Bauberufe vorhanden sind — eine Tariftgemeinschaft zu schaffen, wohl lange auf sich warten lassen.

Leistung und Gegenleistung.

Ein Beitrag zur Frage des Minimallohnes und der Minimalleistung.

II.

Das Bestreben der Arbeiter, das von ihnen für den Arbeitslohn zu leistende Quantum Arbeit möglichst genau abzugrenzen und zu dem Zwecke die Zahl der täglichen Arbeitsstunden und den Stundenlohn festzulegen, hat noch mit der ferneren Schwierigkeit zu rechnen, daß auch eine Arbeitsstunde ein schwankender Begriff ist, insofern der Intensitätsgrad der Arbeit in Betracht kommt. Es ist nämlich ein großer Unterschied, ob innerhalb einer Stunde gemächlich gearbeitet wird oder ob man wie toll drausloschneht. In der Tat ist das Quantum Arbeitskraft, das man in einer Stunde verausgaben kann resp. das der Unternehmer aus dem Körper des Arbeiters herauszupressen vermag, sehr verschieden, je nach dem Grade des Druckes, der angewendet wird. Die menschliche Arbeitskraft ist nämlich porös, wie ein Schwamm, aus dem durch stärkeres Zusammenpressen mehr Wasser herausgequetscht wird.

Daß die Zeit allein kein Maßstab ist für die Verausgabung der Arbeitskraft, da man die Arbeit nicht nach der Elle messen kann, lenkt auf den ersten Blick ein, wenn man die verschiedenartigen Intensitätsgrade vergleicht, die möglich sind. Die Arbeitskraft enthält lauter Pausen, das sind nämlich die kleinen Pausen, die während der Arbeit gemacht werden; diese Pausen können ausgedehnt und zusammengezogen werden, sie können auch fast ganz wegfallen. Man vergleiche nur die Schreibtätigkeit eines siebenjährigen Schullnaben mit der eines fertigen Stenographen; ersterer schreibt langsam und in Absätzen, letzterer mit unheimlicher Schnelligkeit und ohne Pausen. Daß letzterer ein viel größeres Quantum Arbeitskraft in einer Stunde verausgibt und natürlich auch viel mehr Arbeit leistet als ersterer, braucht wohl nicht besonders erwähnt zu werden. Eine Stunde Arbeitszeit be- legt also nichts über das Quantum Arbeitskraft, das in ihr verausgabt wird; es kommt nämlich auf den Intensitätsgrad an, mit dem gearbeitet wird.

Denken wir uns, um dies an einem Beispiel klar zu machen, ein gefülltes Faß, das 1000 Liter Wein enthält und der Besitzer des Weines würde mit dem Käufer des Weines folgenden Vertrag abschließen: Der Käufer kauft den Wein nicht literweise, sondern nach Zeit, und zwar bezahlt er pro Stunde 120 M, alles was innerhalb einer Stunde durch den Hahn herausläuft, gehört dem Käufer. Im Laufe der Zeit merkt der Verkäufer, daß er durch diesen Vertrag benachteiligt wird, weshalb er sich bestrebt, einen neuen günstigen Vertrag zustande zu bringen, wonach der Käufer für das Quantum Wein, das innerhalb 50 Minuten aus dem Faß läuft, 180 M bezahlt. Während also vorher die Weinminute 2 M kostete, kostet sie nunmehr 3 M. Offenbar hat der Verkäufer des Weines durch den neuen Vertrag Vorteile errungen gegenüber dem Käufer, und es ist deshalb erklärlich, daß letzterer sich bemüht, seine ungünstige Position nach Möglichkeit zu verbessern; es gelingt ihm dies auch, indem er den Erndt anwendet, daß er das Spundloch heimlich erweitert oder einen größeren Zapfhahn nimmt und auf diese Weise in 50 Minuten ebensoviel Wein aus dem Faße herausholt, wie früher in 80 Minuten. Nehmen wir an, das Faß Wein würde im ersten Falle in 250 Minuten leerlaufen, so würden in jeder Weinminute 4 Liter herauslaufen, sodas jedes Liter 50 S kosten würde; nach dem neuen Vertrag würde jedes Liter 75 S kosten. Nachdem der Käufer seinen Erndt angewendet hat, holt er in 50 Minuten 80 x 4 Liter aus dem Faß heraus, so daß er für 320 Liter Wein 180 M, d. h. pro Liter 46,87 S bezahlt. Trotzdem also die Weinminute nach dem neuen Vertrag statt 2 M jetzt 3 M kostet, kostet infolge des von dem Käufer angewendeten Erndts jedes Liter Wein nur noch 46,87 S. Im ersten Falle bekommt nach dieser Rechnung der Verkäufer für seinen

Wein 500 M, im zweiten Falle 750 M und im dritten Falle nur 486,70 M. Der Käufer hat also die Nachteile, die ihm die Verkürzung der Weinunde von 60 auf 50 Minuten und die Erhöhung des Stundenpreises von 120 auf 180 M gebracht hat, in ganz raffinierter Weise in Vorteile umzuwandeln verstanden.

Ganz genau so macht es der Kapitalist, der Käufer der Ware Arbeitskraft, indem er es fertig bringt, die Vorteile, die der Arbeiter als Verkäufer der Ware Arbeitskraft sich durch Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung des Stundenlohnes errungen hat, durch einen schlauen Trick in Nachteile zu verwandeln; er versteht es nämlich, durch Steigerung der Intensität nunmehr in kürzerer Zeit mehr Arbeitskraft aus dem Körper des Arbeiters herauszupressen als früher in längerer Zeit und dadurch den Preis der Arbeitskraft auf einen niedrigeren Preis herabzubringen. Der Arbeiter, der scheinbar für seine Arbeitskraft mehr Geld bekommt als früher, bekommt in Wirklichkeit weniger Geld, und der Kapitalist, der scheinbar in seinem Profit geschmälert wird, erzielt mehr Profit ein als früher.

In der Tat beobachten wir im heutigen Wirtschaftsleben die eigenartige Tatsache, daß trotz der höheren Löhne und der kürzeren Arbeitszeiten in fast allen Branchen die Unternehmerrgewinne in fortwährendem Steigen begriffen sind. Diese scheinbar so rätselhafte Erscheinung erklärt sich leicht, wenn man sich an unsere obige Veranschaulichung erinnert und dabei an die kolossale Steigerung denkt, die die Intensität der Arbeit in den letzten Jahrzehnten erfahren hat.

Die Steigerung der Arbeitsintensität ist eine der auffälligsten Erscheinungen in der modernen Produktionsweise und man braucht nur die Arbeitsweise heutiger Zeit mit der früheren zu vergleichen, um diese kolossale Steigerung zu bemerken. Während man früher langsam, gemächlich, gemüßwillig nach der Methode des Sträucherbauers Landsturns arbeitete, wird heute mit fliegender Hast, in Anlagen im Automobiltempo, gearbeitet. Das Unternehmertum zwingt oder bewirkt die Arbeiter, ihre Intensität zu steigern und dadurch ihre Arbeitskraft immer schneller zu verausgaben. Man denke nur an die Anstrengung der Arbeiter durch das gemeinsame Zusammenarbeiten, das einen wahren Wettstreit erzeugt, an die Situationsprüfung durch Meister, Vorarbeiter und andere Kontrollleute, an den Ansporn, der in den Afford- und Klassenlöhnen liegt, an die Beschleunigung der Maschinen, die eine gesteigerte Anspannung der Kräfte hervorruft, an die Vermehrung der Zahl der Arbeiter, die an eine Maschine gestellt werden, und an andere Mittel und Mittelchen, um die Gründe dieser fortwährenden Zunahme der Arbeitsintensität zu verstehen.

Die gesteigerte Arbeitsintensität hat ganz abgesehen von deren Schaden für die Gesundheit des Arbeiters, den großen Nachteil im Gefolge, daß der Preis der Ware Arbeitskraft sinkt und daß der Arbeiter niemals weiß, wieviel Arbeitskraft er für den vereinbarten Lohn verausgibt. Er befindet sich ungefähr in der Lage eines Gastwirts, dessen Gäste nicht nach der Anzahl der Bitergläser, die sie getrunken haben, ihr Bier bezahlen, sondern nach der Stundenzahl, die sie beim Bechen zugebracht haben; es kommt wesentlich darauf an, wieviel ein Gast innerhalb einer Stunde hinnerstapeln kann, und kein Mensch wird es dem Wirtz bedenken, wenn er ganz genau festlegen will, wieviel seine Gäste für eine bestimmte Geldsumme trinken dürfen. Ebensovienig kann man es einem Arbeiter bedenken, wenn er darnach strebt, über das von ihm zu leistende Quantum Arbeit hinüber Abmachungen zu treffen; wie jeder andere Verkäufer soll er genau wissen, wieviel Ware er für sein Geld zu liefern hat.

Aus diesem Grunde ist der Arbeiter im vollen Maße wenn er nicht nur die Zahl der Arbeitsstunden und die Höhe des Stundenlohnes genau vereinbaren, sondern wenn er auch den Intensitätsgrad der Arbeit festlegen will. Es sind rein geschäftliche Erwägungen, die ihn hierzu veranlassen, und wenn er mit dem Kapitalisten möglichst präzise Abmachungen treffen will, so handelt er wie ein guter Geschäftsmann und verdient Lob, nicht Tadel. Es müßte ja ein merkwürdiger Geschäftsmann sein, der es seinen Kunden überläßt, wieviel Ware sie sich für ihr Geld nehmen wollen, und gerade so handelt ein Arbeiter, der seine Arbeitskraft der Willkür des Kapitalisten ausliefern will. Man rede so gern von dem Wohlwollen des Unternehmers, aber die Arbeiter haben gesehen, wie weit sie mit diesem Wohlwollen gekommen sind. Nunmehr verlangen sie ihr gutes Recht als Eigentümer der Ware Arbeitskraft. Sie fordern genaue Lieferungsbedingungen, sie fordern einen anständigen Preis für ihre Ware und darum fordern sie einen auskömmlichen Arbeitslohn, eine erträgliche Arbeitszeit und einen mäßigen Intensitätsgrad der Arbeit.

So steht die Sache in der Theorie aus, vom Standpunkte der Volkswirtschaftslehre aus betrachtet. Schlimmer aber ist es, diese Theorie in die Praxis umzusetzen. Bekanntlich fordern die Unternehmer für den von ihnen zu zahlenden Minimallohn auch eine Minimalleistung — ein

Verlangen, dessen theoretische Berechtigung niemand bestreiten wird, denn jeder Käufer will wissen, was er für sein Geld bekommt. Leider aber unterscheiden sich Minimallohn und Minimalleistung dadurch von einander, daß ersterer ein absolut feststehender Begriff, ein bestimmtes Selbstquantum ist, während die letztere ein schwankender Begriff ist, der völlig in der Luft schwebt. Was bedeutet es eigentlich, wenn die „Südd. Maler-Zeitung“ schreibt: „Die Hauptwaffe, um die Gefahr des Ca camy (der Herabsetzung der Arbeitsintensität) zu mindern, ja fast auszuschalten, ist die Festsetzung einer Minimalleistung überall da, wo ein Minimallohn gefordert wird und die weitere Bestimmung, daß, falls diese Minimalleistung nicht erreicht wird, der Lohn verhältnismäßig gekürzt werden kann“. Jeder Kenner der Praxis wird zugeben müssen, daß diese „Hauptwaffe“ wenigstens in unserem Gewerbe ein Messer ohne Klinge ist, dem der Griff fehlt.

Wir schreiben über diese Frage bereits in Nr. 23 vom 8. Juni 1907 folgende Sätze nieder, die auch heute noch nicht widerlegt sind: „Daß im Arbeitsverhältnis einer Leistung auch eine Gegenleistung gewährt sein muß, ist etwas so selbstverständliches, daß man darüber kein Wort mehr verlieren sollte. Würde denn unsererseits dem je widersprochen? Wir können nur noch einmal wiederholen, was wir bisher stets zu dieser Streitfrage ausgeführt haben. Daß ein Meister für nicht gelieferte Arbeit einen Lohn zahlt, gilt als ausgeschlossen; für jeden Lohnsatz, also auch für einen Minimallohn, wird eine gewisse Arbeitsleistung vorausgesetzt, nur handelt es sich darum, was man als Minimalleistung in den einzelnen Orten gelten lassen will, wie hoch man den Maßstab der zu leistenden Arbeit anlegt. Gegen eine „Leistung“ haben wir durchaus nichts einzuwenden, nur darf sie nicht höher gestellt sein, als ein im Durchschnitt aus der Lehre kommender Gehilfe zu liefern vermag. Die Arbeitgeber gehen natürlich von dem Standpunkte aus, die Minimallohne nach den Leistungen der besseren Arbeitskräfte zu bestimmen, ganz besonders, wenn sie beabsichtigen, die Tarifierung der Leistungen festzusetzen, Tarifstarife einzuführen. Gegen ein solch ungerechtes und unhaltbares Verfahren werden die organisierten Arbeiter in ihrer Gesamtheit mit allen Kräften ankämpfen, denn unbestreitbar sind im allgemeinen die Leistungen, die heutzutage durchschnittlich verlangt werden, keine geringen, da leider nicht die Qualität, sondern die Quantität den Vorzug erhält. Für den Kenner der Verhältnisse ist es klarliegend, daß der ganze Streit um die „Mindestleistung“ nur ein Wortstreit ist, da bei jedem in Arbeit stehenden gelerntem Malergehilfen eine Mindestleistung vorhanden ist. Der junge Gehilfe hat aber auch das Recht, einen Lohn zu beanspruchen, der zum mindesten die Erhaltung seiner Existenz ermöglicht und diesen Lohn nennen wir den Minimallohn. Es ist dieser Lohn also dasjenige, worauf jeder junge Gehilfe Anspruch hat durch die Tatsache, daß er seine Lehrzeit bestanden hat. Der tüchtigere, leistungsfähigere Gehilfe wird selbstverständlich nicht mit dem Minimallohn zufrieden sein, sondern Anspruch auf höheren Lohn erheben.“

Unsere Kollegen sind gewiß bereit, in Bezug auf die Qualität und Quantität ihrer Arbeitsleistung ihre Schuldigkeit zu tun, unmöglich aber können sie es zugeben, daß ein solch inhaltloser Begriff wie der der „Mindestleistung“ der Tarifabmachung zugrunde gelegt wird. Und zwar nicht nur in unserem Interesse, sondern auch in dem der Meister, um die ewigen Streitigkeiten zu vermeiden, die notwendig entstehen müssen. Denn daß jemals Meister und Geselle über eine Leistung in quantitativer und qualitativer Hinsicht der gleichen Meinung sein sollten, erscheint völlig ausgeschlossen, wie jeder Fachkenner weiß. Und wer soll entscheiden? Hier zeigt sich der Pferdeschuh: der Meister soll das Recht haben, den Lohn zu kürzen, wenn seiner Meinung nach die Minimalleistung nicht erreicht worden ist. „Machtigal, ich seh dir laufen, aus das Wächlein willst du laufen“ können wir mit Onkel Bräsig sprechen.

In der Vestingischen Fabel bittet ein Wolf, der Frieden mit den Schafemachern machen will, um die toten Schafe mit der naiven Versicherung, daß er lebendige Schafe gar nicht fressen könne. Darauf antwortet der Schäfer, er bestreite, daß der Wolf gesunde Schafe für kranke und kranke für tote ansehen werde. Gerade so geht es uns. Wir befürchten, die Herren Meister werden eine gute Leistung für eine mittelmäßige, eine mittelmäßige für eine Mindestleistung und eine Mindestleistung für eine total unbrauchbare ansehen. Das würde der Willkür Tür und Tor öffnen und darum müssen wir den Meistern diese „Hauptwaffe“ aus der Hand schlagen, ganz abgesehen davon, daß sie in der Praxis ganz unbrauchbar ist. Die Meister könnten sich höchstens selbst damit in die Finger schneiden, denn auch die Kunden, die die Arbeit bezahlen sollen, haben in Bezug auf die Beurteilung der Leistung ein Wort mitzureden. Und sie werden sich ganz gewiß hüten, alle die „Mindestleistungen“, die die Meister entdecken werden, kontraktmäßig zu bezahlen.

Politische Organisation der Arbeitgeber.

Die deutschen Unternehmer sind wie die verzogenen Kinder. Je mehr man ihnen den Willen tut, desto anmaßender werden sie. Lange Zeit hindurch haben sie geschrien, daß sie den Arbeitern gegenüber zurückgesetzt würden, trotzdem ein Blinder mit dem Krückstock fühlen kann, daß gerade das Gegenteil der Fall ist. Neuerdings jammern sie darüber, daß sie keinen politischen Einfluß in Deutschland hätten, trotzdem ihr Einfluß wie ein trübender Alp auf unserem öffentlichen Leben lastet. Man denke nur an die Steuer- und Vollgesetzgebung, das Vereinsgesetz usw.

Die Berliner „Post“, das Organ der Scharfmacher und Kapitalprogen in den Kreisen der Großindustriellen, bläst zum Sturm. Sie erinnert daran, daß der Gesetzentwurf, betreffend die Errichtung von Arbeitskammern, von den Arbeitgebern einmütig abgelehnt worden sei, daß aber die Wiedereinbringung einer ähnlichen Vorlage nicht ausgeschlossen erscheine. Daran knüpft sie folgende Bemerkung: „Diese vollkommene Uebereinstimmung in allen Kreisen der Arbeitgeber ist gewiß hoch erfreulich. Aber damit allein ist ein Erfolg noch nicht gesichert. Die übereinstimmende Auffassung unserer Arbeitgeberkreise wird sich nur dann mit Erfolg durchsetzen können, wenn dahinter auch das nötige Maß politischer Macht steht. Die Voraussetzung dafür bildet aber wiederum eine politische Organisation der gewerblichen Arbeitgeber, durch die allein der Auffassung unserer Industrie und sonstigen gewerblichen Arbeitgeber der nötige politische Einfluß gesichert werden kann. Wie viel man auf diesem Wege erreicht, zeigt das Beispiel des Bundes der Landwirte. Wollen Industrie und Gewerbe einen ähnlichen politischen Einfluß auf unsere öffentlichen Angelegenheiten gewinnen, wie ihn die Landwirtschaft schon längst besitzt, so werden sie sich diese zum Muster nehmen und sich vor allen Dingen nach Art des Bundes der Landwirte politisch organisieren müssen.“

In einem weiteren Artikel werden diese Ausführungen wie folgt ergänzt: „So wertvoll die wirtschaftlichen Interessensvertretungen von Industrie und Handel auch sind, so genügen sie doch erfahrungsgemäß nicht mehr, um den Arbeitgebern dieser Zweige wirres heimisches Erwerbslebens den ihnen gebührenden Einfluß auf Gesetzgebung und Verwaltung und demzufolge die volle Wahrung ihrer berechtigten Interessen in den gesetzgebenden Körperschaften und in der Regierung zu sichern. Dieses Ziel wird nur erreicht werden können, wenn die gewerbliche Arbeiterschaft sich zu politischer Tätigkeit organisiert.“ Es wird dann auf die bevorstehenden preussischen Wahlen zum Abgeordnetenhause verwiesen, die den Industriellen in der angegebene Richtung ein äußerst dankbares Feld der Tätigkeit eröffnen.

Natürlich ist die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ Feuer und Flamme für diesen Vorschlag und jubelt ihm begeistert zu. Man merkt ihr förmlich die Begeisterung an, mit der sie schreibt: „Wir stehen unsererseits um so weniger an, diese Wahnung vollinhaltlich zu übernehmen, als wir selbst unablässig schon seit Jahren die Notwendigkeit energischer Vertretung der industriellen und gewerblichen Interessen mit Hilfe zweckentsprechender Einwirkung auf die gesetzgebenden Körperschaften betonen. In der Tat ist es die höchste Zeit, daß mit der theoretischen Erwägung dieser Frage Schicht gemacht und zur Praxis übergegangen wird. Immer mehr stellt es sich heraus, daß die sozialpolitische Gesetzgebung den Parteien zum Spekulationsobjekt dient, mit dessen Hilfe sie ihren Bestand zu erhalten und zu vergrößern suchen. Ohne jede Rücksicht auf die wirtschaftliche und politische Tragweite ihrer Beschlußfassung wetteifern sie in dem Bestreben, die Voharbeit gesetzlich zu privilegieren und geben sich kaum noch die Mühe, dieses Bestreben mit jenen Gesichtspunkten ethischer und sozialer Art, mit jener Philanthropie zu maskieren, von denen sie ehebedem in so überreicher Fülle Gebrauch zu machen liebten. Man braucht die Wählermassen und damit basta; der Zweck ist wichtig genug, um das Mittel zu heiligen. Wie ein Sprühregen ergießen sich demzufolge über das deutsche Volk Verordnungen und Resolutionen, die das gewerbliche Leben in spanische Stiefel einzuschüttern bestimmt sind; alles, was in stiller Studierstube den Entwicklungsplan von der unbestimmten Vorstellung des weltfremden Menschheitsbeglückers zum paragrafenmäßig geordneten Gesetzentwurf durchmachte, erhält das Prädikat des sozialpolitischen Dogmas und wird nach oberflächlicher Beratung als willkommenes Baustein für die Errichtung des Tempels der staatlichen Arbeiterfürsorge verwendet. Nur schützen macht sich hier und da die Opposition derer geltend, die sich bei solchem Kuhhandel keines Heils versehen. Sie opponieren eben auf die Gefahr hin, daß sie sich dadurch die Möglichkeit späterer Wiederwahl arg gefährden. So treibt denn das Gebaren der gesetzgebenden Körperschaften die gewerbliche Allgemeinheit rettungslos in Zustände entgegen, deren wirtschaftliche Konsequenzen kaum hinter denen zurückzubleiben drohen, wie sie ein Obliegen der phantastischen Projekte des revolutionären Sozialismus zur Folge haben müßte, wenn nicht noch in letzter Stunde das deutsche Unternehmertum sich auf seine Verpflichtung zu entschiedener Teilnahme am öffentlichen Leben besinnend und die ihm eigenen politischen Machtmittel in wirklich zweckentsprechender Weise zur Anwendung bringt! Entschließen sich die gewerblichen Arbeitgeber zu jener Taktik, die das landwirtschaftliche Unternehmertum mit Glück und Geschick befolgt hat — bezeugen sie den parlamentarischen Fraktionen ihre feste Absicht, auf die Zusammenziehung der Volksvertretung einen bestimmenden Einfluß zu gewinnen, dann werden diese, und in weiterer Folge auch die Regierungen, die nach Lage der Dinge nun einmal im Schlepplau der Majoritäten sich befinden, sich wohl oder übel in Wäde dazu bequemem, mit den Ansichten und Wünschen der Arbeitgeber zu rechnen. Entscheidungen der schwerwiegendsten Art stehen vor der Tür. Geradezu unfinnig wäre es, bei ihrer Erledigung das Darühergehen derjenigen beiseite zu stellen, auf deren Mitwirkung jene Entscheidungen doch in erster Linie zugeschnitten sind. So hoffen wir denn, daß die eingangs erwähnte Anregung auf fruchtbaren Boden fällt und daß wir alsbald von einem Zusammenstoß der bestehenden Arbeitgeberorganisationen zu einem Bund der gewerb-

lichen Arbeitgeber vernehmen, der es entschieden ablehnt, die Existenzbedingungen des gewerblichen Unternehmertums noch weiterhin als bequemes Lausobjekt beim parlamentarischen Stimmenscherer behandeln zu lassen.“

Wir hielten uns für verpflichtet, unsern Kollegen von der edlen Absicht der Scharfmacher und Kapitalprogen Kenntnis zu geben, die darauf hinausläuft, das Wahlrecht zu egoistischen Zwecken zu mißbrauchen. Glücklicherweise haben es aber die Herren Schlotbarone nicht wie ihre Klassen-genossen, die Mistfunker vom Bunde der Landwirte, mit den rückständigen Bevölkerungsschichten des platten Landes zu tun, sondern sie haben mit der aufgeklärten Bevölkerung der Städte zu rechnen. Und diese wird ihnen die Suppe bei den Wahlen schon versalzen. Uns selbst aber soll der Gedankengang der kapitalistischen Presse ein Fingerzeig sein, daß wir mehr noch als bisher von der Waffe des Wahlrechts und der politischen Organisation Gebrauch machen. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter müssen endlich einmal zu der Ueberzeugung kommen, daß auch für sie der politische Kampf zu einer Notwendigkeit geworden und daß es ihre Pflicht ist, ihr Recht als Staatsbürger energisch geltend zu machen.

Die Gewerkschaften und die preussischen Landtagswahlen.

Am 3. Juni d. J. finden in Preußen die Urwahlen und am 16. Juni die Abgeordnetenwahlen für den Landtag statt. Diese Wahlen sollen zum ersten Male dem arbeitenden Volk Preußens die Tore des Dreiklassenparlamentes öffnen. Sie sollen den Vertretern des Volkes Sitz und Stimme im Landtag verschaffen, nicht bloß um mitzuwirken in preussischen Angelegenheiten, sondern auch um den Protest gegen das Dreiklassenwahlrecht hineinzutragen in das Haus der Abgeordneten. Die Tribüne des Landtages soll zum Tribunal des preussischen Wahlrechts werden.

Was geht die deutschen Gewerkschaften dieser Wahlkampf an? Was haben sie von diesem Wahlausfall zu erwarten? Die Gewerkschaften sind keine politischen Wahlvereine, sondern Organisationen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage ihrer Mitglieder. Sie müssen für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpfen, können sich aber nicht in die politischen Wahlkämpfe einmischen. Trotzdem kann ihnen der Ausgang solcher Wahlkämpfe nicht gleichgültig sein, denn die gesetzgebenden Körperschaften beschließen über die Rechtsnormen, die die Arbeitsbedingungen regeln oder privater Regelung entziehen, oder welche die wirtschaftlichen Kämpfe und die Formen der Vertragsabschlüsse berühren. Sie entscheiden über das Maß der Durchführung solcher Gesetze und über die Behörden und Instanzen ihrer Durchführung und Ueberwachung. Und die Gewerkschaften haben schon oft begründeten Anlaß gehabt, gegen Aktionen der Gesetzgebung anzukämpfen, die ihre vitalsten Lebensinteressen zu schädigen drohen. Aber die Gewerkschaften brauchen Gelehe zur Sicherung dessen, was sie erringen haben; sie erwarten von der Gesetzgebung, daß sie die Arbeiter schützt. Sie müssen daher den Arbeitern der gesetzgebenden Körperschaften fortgesetzt ihr Augenmerk zuwenden, ihnen Material über soziale Zustände und nachteilige Erscheinungen übermitteln und Reformen fordern, zugleich aber auch die Operationen der Gegner überwachen und rechtzeitig die geeigneten Abwehrmaßnahmen ergreifen. Als Objekte der Gesetzgebung können sie nicht gleichgültig zur Seite ehen, wollen sie nicht Opfer der Gesetzgebung werden. Wer nicht Amboß sein will, muß Hammer werden!

Was aber von der Gesetzgebung im allgemeinen gilt, gilt von den Landtagen nicht minder wie vom Reichstage. Vor allem darf der preussische Landtag in seiner Bedeutung nicht unterschätzt werden. Obwohl der größte Teil der Arbeitsgesetzgebung (Arbeitsvertragsrecht, Arbeiter-schutz, Arbeiterversicherung) im Wege des Reichsrechts geregelt, sind auch heute noch wichtige Gebiete seiner Zuständigkeit entzogen. Das Bergrecht und damit zugleich das Bergarbeiterrecht wird zurzeit noch landesgesetzlich geregelt, was die Bergarbeiter zu ihrem Schaden im Jahre 1906 erfahren mußten. Zuständig ist ferner die Landesgesetzgebung für den größten Teil des Bauarbeiter-schutzes, der dafür denn auch so rückständig als irgend möglich ist. Auch das Eisenbahnerrecht, das Recht der Land- und Forstarbeiter und der in häuslichen Diensten Beschäftigten ist von der Landesgesetzgebung abhängig. Gegen 700 000 Bergarbeiter, mehr als 1 1/2 Millionen Bauarbeiter, gegen 1/2 Millionen Eisenbahnangestellte und Arbeiter und 11 Millionen Land- und Forstarbeiter (nach der landwirtschaftlichen Unfallversicherung) sind im Reiche von der Reichsgesetzgebung ausgeschlossen und auf den Weg des Landesrechts verwiesen. Und der weitaus größte Teil dieser Arbeiter entfällt auf Preußen, den größten Bundesstaat im Reiche.

Aber damit nicht genug. Auch die Ausführung des Reichsrechts liegt in der Hand der Landesregierungen, ihrer Behörden und Gerichte. Die Durchführung des Arbeiterschutzes ist den Gewerbeaufsichts- und Polizeibehörden übertragen; beide sind landesrechtlich organisiert; ihre Dienstvorschriften erlassen die Landesregierungen. Die Aufsichtsbehörden über die Arbeiterversicherung, soweit die Organisation der letzteren die Grenzen eines Bundesstaates nicht überschreitet, sind Landesbehörden. Teilweise treten auch Landesversicherungsämter in die Rechtssprechung an Stelle des Reichsversicherungsamtes. Die Zuständigkeit der einzelnen Landesregierungen und damit zugleich der Regelung der Mitwirkung der Arbeiter an der Rechtspflege (als Schöffen oder Geschworene) und die Regelung des Gefängniswesens. Auch die Ausführung der öffentlichen Gesundheitspflege liegt den Landesbehörden ob. Der Ort, wo man diese Behörden für ihr Tun und Lassen zur Rechenschaft ziehen, auf die Art der Durchführung der Gesetze Einfluß gewinnen kann, das sind die Landtage der einzelnen Bundesstaaten.

Und noch eine ganze Reihe wichtiger Rechtsgebiete, die auch die Gewerkschaftsinteressen berühren, sind dem Reichsrecht entzogen. Wir nennen nur das öffentliche Unterrichts- und Verkehrswesen, das Steuerwesen, das Armenwesen, die Organisation und rechtliche Regelung des Gemeinbewesens, des Wohnungswesens usw. Das vor wenigen Tagen verabschiedete Reichs-Vereinsgesetz hat eine für die Gewerkschaften besonders wichtige Materie, das

Vereins- und Versammlungsrecht, teilweise der landesgesetzlichen Regelung entzogen. Aber unberührt davon bleiben die landesrechtlichen Vorschriften für kirchliche und religiöse Vereine, für die Reiten des Belagerungsstandes und gegen Versammlungen der Landarbeiter zum Zweck der Arbeitseinstellung, sowie die Vorschriften über die Heiligtumsfeier der Sonn- und Festtage. Und betrachten wir uns die neue Reichsverfassung für Vereine und Versammlungen genau, so handelt es sich um eine Verletzung des Vereins- und Versammlungsrechtes zum Schaden derjenigen Reichsgebiete, die sich bisher freierer Zustände erfreuten.

Damit berühren wir zugleich den übermächtigen Einfluss, den Preußen auf die Reichsgesetzgebung ausübt. Im Bundesrat zählt Preußen zwar nur 17 von 58 Stimmen, aber — erklärte einst der bayerische Minister Graf Traillheim in der bayerischen Kammer: „Wer sich auf die Stimmenmehrheit beruft, der kennt zwar den Buchstaben der Reichsverfassung, er hat aber keine Ahnung von den tatsächlichen Verhältnissen.“ In der Tat sind fast stets alle reaktionären Urverträge von Preußen ausgegangen. Das preussische Abgeordnetenhaus und das preussische Herrenhaus haben nicht bloß fortgesetzt an der Haltung und den sozialpolitischen Arbeiten des Reichstages herummengigelt, sondern die Regierung auch durch Anträge und Erklärungen gegen diese Sozialpolitik scharf gemacht. Die Verhandlungen dieser beiden Häuser bieten hierfür eine Fülle von Material, die allerdings niemand, der deren Zusammenhänge kennt, überraschen kann. Der preussische Landtag hat auch jahrelang an dem Sturz des Grafen Potjomski gearbeitet, den er für die Seele der Reichssozialpolitik hielt. Vor allem aber überboten sich diese beiden Vertretungen in Ausfällen und Scharfmachereien gegen die Arbeiterbewegung. Kein Gebiet des Reiches derselben blieb davon unberührt; sie verfolgten die Gewerkschaften und die Vertreter in der Arbeitervertretung mit dem gleichen Hass, wie die Sozialdemokratie. Jeder reaktionäre Vorschlag gegen die Arbeiterbewegung, er mag ausgeben von welchen Kreisen er wolle, fand immer zuerst seine Heimat im preussischen Landtage, um dann die Reichsregierung zu beeinflussen. Und mehr als einmal nahm dieser Landtag auch das Odium auf sich, durch Eingriff in Reichsgebiete, die den Reichsgesetzen unterliegen, die Reichsverfassung zu verletzen, so daß selbst die preussische Regierung dagegen Einspruch erheben mußte. Das Freizügigkeitsgesetz wäre längst aufgehoben, der Kontraktbruch der Arbeiter längst dem Strafgericht überliefert und das Koalitionsrecht weiter Arbeiterkreise vernichtet, wenn dem preussischen Landtage hierin die Entscheidung zustände.

Das alles zeigt uns, was die Gewerkschaften von dem Ausfall der bevorstehenden preussischen Landtagswahlen zu erwarten haben. Preußen ist die wirtschaftliche Vormacht im Deutschen Reich. Von 236 643 Fabriken im Jahre 1906 entfielen 137 640 oder 41 Prozent, von 5,88 Millionen Arbeitern 3,60 Millionen oder 61,2 Prozent auf Preußen. Die bedeutendsten Industrien, denen Deutschland seine Weltmarktstellung verdankt, haben in Preußen ihre hauptsächlichsten Stützpunkte: der Kohlenbergbau, die Eisen- und Stahlindustrie, die Textilindustrie, die Maschinenindustrie usw. Und dazu kommt der ungeheure Einfluss, den der Staat Preußen selbst als Arbeitgeber auf die Regelung der gesamten Arbeitsverhältnisse, auf das Niveau der Löhne, auf die Regelung der Arbeitszeit, auf die Freizügigkeit der Arbeiter ausübt. Es wird Aufgabe der Arbeiterpresse sein, darüber in den nächsten Wochen volle Aufklärung zu verbreiten, wie Preußen als Arbeitgeber von seiner wirtschaftlichen Übermacht nicht bloß zum Schaden seiner eigenen Arbeiter, sondern der gesamten Arbeiterchaft Gebrauch gemacht hat.

Dieser reaktionäre Einfluss Preußens auf allen Gebieten wäre unbenutzbar, wenn die Arbeiterchaft gebührend im preussischen Landtage vertreten wäre. Davon hindert sie indes ein Wahlsystem, das den Besitzenden die Wahl der Abgeordneten sichert. 84,57 Prozent aller Wähler haben nach diesem Wahlsystem nur die Hälfte des Einflusses, den die übrigen 15,43 Prozent haben. Und während die Konservativen 1903 bei 19,39 Prozent der auf sie entfallenden Wählerstimmen 143 Abgeordnete ernannten, ging die Sozialdemokratie bei 18,79 Prozent aller Stimmen völlig leer aus. So kommt es, daß im preussischen Abgeordnetenhaus unter 433 Abgeordneten 11 Großgrundbesitzer und 50 Bauern, 114 Beamte, 81 Geistliche, Rechtsanwälte usw., sitzen, aber kein einziger Arbeiter! Und wo die Stimme des Arbeiters ungehört bleibt, da werden die Arbeiterinteressen mit Füßen getreten. Die Geschichte der Wirksamkeit des preussischen Landtags ist ein einziges Beispiel hierfür.

So lange die Arbeiter bei den preussischen Landtagswahlen grollend beiseite stehen, werden sie niemals Einfluss gewinnen auf das, was dort beraten und getätigt wird, zum Schaden ihrer Interessen. Die Stimmenthaltung hat noch allezeit der Reaktion Oberwasser verschafft! Deshalb hat auch die politische Vertretung der deutschen Arbeiterklasse beschloffen, sich mit dem Aufgebot aller Kräfte an diesem Wahlkampf zu beteiligen. Der Kampf ist nicht aussichtslos, wenn die Arbeiter bis auf den letzten Mann zur Wahl gehen. Die Gewerkschaftspresse erfüllt ihre Pflicht, wenn sie die Arbeiter darauf hinweist, was für sie auf dem Spiele steht. Jeder Arbeiter aber, dem das Wohl der Gewerkschaft am Herzen liegt, dem die Erhaltung und Weiterentwicklung eines freien Arbeiterrechtes eine Notwendigkeit dünkt, muß sich auch um seine staatsbürgerlichen Rechte kümmern, die in diesem Falle für ihn zur Pflicht werden. Kein Arbeiter in Preußen darf daher veräumen, am 3. Juni zur Wahl zu gehen und für diejenige Partei zu stimmen, die im Landtage bisher noch unvertreten war, die aber allein für eine gründliche Reform des Landtagswahlrechtes wirkt, für die Sozialdemokratie!

Lohnbewegung.

Sattel strengstens Bezug fern nach dem gesamten Ausperrungsgebiet: Süddeutschland, Hessen und Hessen-Nassau.
 Des weiteren muß Bezug fern gehalten werden nach: Frankenhäuser a. M., Münst. l. W., Bad Dornhausen, Pinneberg-Bellingen und Wedel.
Gesperri hat: In Blankenese die Werkstelle A. Wieritz; in Haspe das Dangelshaus von S. Strabmann.
 (Evertsen, über die innerhalb 4 Wochen nicht berichtet wird, werden aus dieser Bekanntmachung gestrichen.)

2. Bezirk.

— **Müßelsheim a. M. (Hilale Mainz).** Achtung, Lektierer! Bezug nach hier fernhalten! In der Lektierer- und Motorwagenfabrik von A. Opel haben die Lektierer im Motorwagen-Betrieb an die Firma gericht. Und zwar wird die Wiederherstellung bereits früher gezahlter Akkordlöhne verlangt. Gleichfalls sollten diese Akkordlöhne tariflich auf eine gewisse Dauer festgelegt werden. In dem letzten halben Jahr wurden die Lektierer mehrmals von der Firma mit ganz enormen Abzügen überhäuft, ohne daß unsere Kollegen in der Lage waren, sich dagegen wehren zu können. Da nun die Firma zurzeit derart mit Aufträgen überhäuft ist, daß mit Hochdruck gearbeitet wird und mit Ausnahme von 3, alle Kollegen organisiert sind, glaubte die Organisation den günstigen Moment wahrzunehmen zu müssen, um hier endlich einmal geregelte Verhältnisse zu schaffen. Und so unterbreiteten wir der Firma unsere Forderungen. Wenn man in Betracht zieht, daß wir nur die Wiederherstellung der vor dem letzten Abzug bestehenden Akkordlöhne verlangten, zum Teil sogar bestehende Akkordlöhne stehen ließen und nur die tarifliche Festlegung dieser Akkordlöhne forderten, so wird man keineswegs unsere Forderungen für übertrieben halten. Überzeugt von der Berechtigung dieser Forderungen glaubten wir sicher, auf dem Wege stiller Unterhandlungen die Differenzen beseitigen zu können. Jedoch die Firma wollte es anders. Wohl wurde eine beiderseitige Vereinbarung über die zu zahlenden Akkordlöhne getroffen, als aber die Kollegen eine sichere Gewähr für die Einhaltung der vereinbarten Akkordlöhne verlangten — sperrte man sie aus. „Unter keinen Umständen lasse sich die Firma binden!“ war die Antwort. Wie kann man auch nur den Unternehmer verpflichten, vereinbarte Löhne einzubehalten. Selt hätte man die rebellierenden Lektierer beschuldigt, nachdem nun aber alle Aufträge erledigt, die Konjunktur wieder abgeklaut, ein genügender Vorrat wieder vorhanden wäre, würde man bei der ersten besten Gelegenheit wieder mit einem Abzug kommen, mit dem lakonischen, aber brutalen Hinweis: „Wem nicht paßt, kann ja gehen!“ Da aber auch die Firma unter keinen Umständen sich auf einen Minimallohn einlassen wollte, mußte so geschehen, wie getan. Eine sichere Garantie für die Vereinbarung mußte verlangt werden. In anderen Fällen wie stets mit der Firma in Differenzen leben müßten und die letzte Vereinbarung tatsächlich wertlos gewesen wäre.

Durch die Ausperrung glaubte die Firma, ihre Lektierer ferner nun wieder neuwoll in den Betrieb und wären dann für alle Zeit geblieben, gegen ihren „Brotgeber“ zu treten. Doch wurde die Firma eines anderen belehrt. Mit Ausnahme eines jungen Kollegen, der durch den Zwang im Betriebe zurückgehalten wurde (durch seinen als Meister beschäftigten älteren Bruder) blieben sämtliche in Betracht kommende organisierte Lektierer dem Betriebe fern. Im Betriebe stehen nur noch drei unorganisierte Kollegen, die aber als Ersatz für die Ausgesperrten überhaupt nicht in Frage kommen, da sie nur minderwertige Kräfte sind, also die günstige Situation für unsere Kollegen nicht beeinflussen können. Ein Teil der Ausgesperrten ist bereits abgereist. Die Firma gibt sich die größte Mühe, macht die größten Anstrengungen, um einräumigen Ersatz zu erhalten. Jedoch ohne den geringsten Erfolg. Nachdem alle in Betracht kommenden Kräfte von den bestehenden Differenzen in Müßelsheim benachrichtigt wurden, werden auch die verzweifelten Versuche der Firma, Ersatz zu erhalten, an dem Solidaritätsgefühl unserer Lektierer scheitern. Deshalb nochmals: Lektierer, meidet bis auf weiteres unter allen Umständen Müßelsheim a. M.

— **Coblenz.** Auch hier haben sich die Kollegen aufgerafft und sich entschlossen, ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse einer Verbesserung zu unterziehen. Am 1. April wurden den Unternehmern, von denen die größeren Geschäfte dem Arbeitgeberverband angehören, die Forderungen unserer Kollegen übermittelt. Der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes hat nun am 17. April mitgeteilt, daß infolge des Mannheimer Falles ihm vom Hauptverband jede Unterhandlung mit uns unterlagt sei. Eine Lohnerrhöhung könne angesichts der gegenwärtigen Lage nicht erfolgen. Die Coblenzer Unternehmer wollen also die Lohnverhältnisse seiner Verbesserung unterziehen, unsere Kollegen werden sich aber mit diesem Bescheid nicht zufrieden geben, sondern alles aufbieten, um ihre schlechte Lage zu verbessern.

4. Bezirk.

In Reimscheid ist die Lohnbewegung durch Abschluß eines Lohntarifes erledigt worden. Die von unseren Kollegen gestellte Forderung: Erhöhung des Lohnes bei Überstunden-, Nacht- und Sonntagsarbeit wurde von den Meistern anerkannt.

Der Streik in Münster dauert noch fort.

5. Bezirk.

In Apolda stehen die Kollegen in Lohnbewegung. Eine Einigung wurde bisher noch nicht erzielt, da die Meister sich als Tarifgegnere entpuppten.

Eisenberg S. A. Nachdem die Eisenberger Kollegen nach erfolgter Kündigung ihres bisherigen Tarifes zu Ende vorigen Jahres am 1. März ihre Forderungen einreichten, erhielten sie — Unterhandlungen war man aus dem Wege gegangen — am 30. März plötzlich einen Gegentarif zugesandt, der Bestimmungen enthielt, die bei den dortigen Kollegen die Meinung auskommen ließen, daß eine Einigung unmöglich sein werde. Do die Anerkennung des ganz einseitig aufgestellten Meistertarifes auch ohne weiteres im Falle des Weiterarbeitens zur Pflicht gemacht wurde, legten die Kollegen am 1. April die Arbeit nieder. Am 3. April aufgenommene Unterhandlungen führten zur Anerkennung eines Lohntarifes, der u. a. folgende Bedingungen enthält: 10stündige Arbeitszeit. Montags früh beginnt die Arbeit eine Stunde später. Der niedrigste Stundenlohn beträgt für Gehälften über 20 Jahre 42 S, für jüngere 40 S und für eben erst ausgeleitete 35 S. Für Ueberzeit- und Sonntagsarbeit werden pro Stunde 10 S ausbezahlt. Der Lohn ist Sonnabends bis 6 Uhr abends auszahlbar. Antreiber erhalten 35 S Stundenlohn. Die Auszahlung ist von 75 S bzw. 1. — A auf 1.50 A für ledige und verheiratete Gehälften erhöht worden. Bei Arbeiten über 5 Kilometer Entfernung werden 50 S Auszahlung gewährt. Fahr- und Laufzeit gilt als Arbeitszeit. Kündigung findet beiderseits nicht statt, Puscharbeit ist verboten. Aufzulage wird bei Arbeiten an Hängegerüsten usw. gewährt. Der Tarif läuft bis 31. Dezember 1909 und wird von einer sechsgliedrigen Kommission überwacht. Die

Arbeit wurde am 8. April wieder aufgenommen. Arbeitswillig ist niemand geworden und Bezug hat nicht stattgefunden.

Gotha. Am 15. April haben 13 in der Werkstelle des Tüchermeisters Knabe beschäftigte Kollegen die Arbeit niedergelegt, da die Firma den seit dem 7. April zu zahlenden Lohnzuschlag von 1 S pro Stunde nicht zahlte.

Frankenhäuser a. M. In unserem Kampfe ist bis jetzt eine Veränderung noch nicht eingetreten. Die Meister haben mit Mühe und Not ihre angefangenen Arbeiten fertigzustellen versucht, doch will es trotzdem nicht gelingen.

Mühlhausen i. Th. Mit einem vollen Erfolge für unsere Organisation ist nach achtstägiger Dauer der Streik beendet worden. Die Arbeitszeit wird durch den vereinbarten Tarif täglich von 10 1/2 auf 10 Stunden verkürzt, ein Mindestlohn von 30 und 35 S festgesetzt und die Löhne allgemein um 4 S pro Stunde erhöht. Für Ueberstunden-, Nacht- und Sonntagsarbeit sowie für Ueberlandarbeit sind die üblichen Zuschläge bewilligt worden. Unsere Mühlhäuser Kollegen können auf den schönen Erfolg stolz sein, es hat sich hier wieder in der überzeugendsten Weise gezeigt, daß nur durch die Organisation die wirtschaftliche Lage der Kollegen verbessert werden kann. Mögen sie alle stets dessen eingedenk sein und nach wie vor fest an der Organisation halten. Die zwei christlich organisierten, die uns in der schmerzlichsten Weise in den Rücken gefaßt sind, sind natürlich der Berichtigung aller Kollegen preisgegeben. Es heißt auch hier: „Vom Verräter frist kein Mabe.“

Zena. Nach zehnjährigem Bestehen des bisherigen Lohntarifes traten die hiesigen Kollegen in eine Lohnbewegung ein. Nach mehrfachen Unterhandlungen mit der freien Abkündigung kam es schließlich zu einer Einigung durch Abschluß eines neuen Lohntarifes. Wenn auch das Erreichte nicht allzu hoch anzuschlagen ist, so muß doch zugegeben werden, daß wir diesmal besser abgeschnitten haben, als bei allen bisher stattgefundenen Lohnbewegungen, bei denen es mehr oder weniger zur Arbeitsniederlegung kam. U. a. sei nur erwähnt die Erhöhung des Minimallohnes von 31 bzw. 35 S auf 37 bzw. 40 S pro Stunde. Die Arbeitszeit ist täglich in den Sommermonaten eine zehnstündige. Die Regelung des Zuschlages bei Ueberstunden-, Gerüst- und Ueberlandarbeit ist durchgeführt. Akkordarbeit ist ausgeschlossen. Eine Schlichtungskommission wird eingesetzt. Wenn sei hierbei auch anerkannt, daß die Mitwirkung des Bezirksleiters Mehrhorne Gotha in den entscheidenden Verhandlungen auf den günstigen Abschluß mit ausschlaggebend war.

Aus unserem Berufe.

Delfsch, Submissionsblüte. Bei dem Bau der hiesigen Eisenbahnwerkstatt bewegten sich die Angebote auf die ansgezeichneten Malerarbeiten zwischen der Höchstforderung von 16 888,70 A und einer Mindestforderung von 6 280,94 A, also eine Differenz von über 10 000 Mark. Das billigste Angebot stammt von einem Geschäft in Düsseldorf, während die Höchstforderung von einer Firma in Leipzig-Stünz herrührt. Die Düsseldorf'er Firma erhielt den Zuschlag. Auf die Ausführung der Arbeiten kann man gespannt sein.

Jahresbericht für 1907 vom 1. Bezirk.

Von einer Mitgliederzunahme im Bereich des 1. Bezirks gegenüber 1906 können wir leider nicht berichten. Die Mitgliederzahl ist im Gegenteil etwas zurückgegangen. Die Gründe hierfür sind unklar zu finden. In erster Linie war das Jahr 1907 durchaus nicht mehr so günstig wie 1906. Der Beginn der wirtschaftlichen Krise hatte die Vertreibung des Leihkapitals schon im Laufe des Jahres zur Folge und bewirkte die Einschränkung der Bautätigkeit in fast allen Großstädten. Schon in den ersten Sommermonaten, nachdem die notwendigen Renovierungsarbeiten, die besonders auch infolge des Umzuges gemacht werden, vollendet waren, berichteten fast alle größeren Städte über Arbeitslosigkeit, wie sie in den letzten Jahren so umfangreich nicht zu verzeichnen war. Berücksichtigt man ferner, daß für die Mitgliederbewegung des 1. Bezirks Berlin von ausschlaggebender Bedeutung ist, so wird man sehr leicht verstehen, warum das Jahr 1907 keinen weiteren Fortschritt bezüglich der Mitgliederzahl aufweist. Denn es wird den Mitgliedern noch in Erinnerung sein, daß im vorigen Jahre die Arbeitslosigkeit im Laufe des Sommers in Berlin so groß war, daß sich die Berliner Verwaltung dazu entschließen mußte, im Interesse aller Kollegen vor weiterem Bezug nach Berlin zu warnen. Daß nun durch den geringeren Bezug einerseits und den erhöhten Fortzug der Kollegen aus Berlin andererseits die Organisation geschwächt wird, ist wohl klar, denn je mehr die Kollegen sich in den kleinen und kleinsten Provinzstädtchen zerstreuen, also in den großen Städten keine Arbeitsgelegenheit finden, um so weniger sind wir in der Lage, immer wieder neue Mitstreiter zu werben bzw. die schon erworbenen zu halten.

Das Agitationsfeld in den Provinzen ist aber nicht derartig, daß der event. Verlust von Mitgliedern in den Großstädten durch rege Agitation wieder aufgehoben werden kann. Am allerwenigsten ist dieses im Bereich des 1. Bezirks möglich. Schon im vorjährigen Bericht ist darauf hingewiesen worden, wie dünn die Städte in den städtischen Provinzen getät sind, wo es uns möglich ist, einständige Stätte unserer Organisation aufzubauen. Denn auch in diesem Jahre müssen wir berichten, daß in einer Anzahl Städte mit über 20 000 Einwohnern wir leider nicht in der Lage waren, unsere Organisation zu erhalten. Die Hauptursache ist das Fehlen der notwendigen Kräfte. Haben wir aber wirklich einen oder auch manchmal mehrere gefunden, welche die Geschäfte zu führen imstande und auch gewillt sind, so dauert es in der Regel nicht lange, daß auch diese uns genommen werden, indem sie auf Wochen hinaus auf Landarbeit geschickt werden. Durch solche Erörungen wird natürlich die Beitragszahlung sowie auch die sonstige Tätigkeit in der Organisation unterbrochen und wenn der Herbst herankommt, stäubt alles wieder an dem anderen. Könnte man alle vier Wochen ungefähr in solchen Städten nach dem Nechten sehen, so würde sich sicherlich viel bessern lassen; das ist aber leider in dem sechs Provinzen umfassenden Bezirk nicht möglich.

Daß die Agitation auch im verflorenen Jahre sehr rege betrieben wurde, geht wohl aus der großen Zahl der

Neuaufnahmen, die nahezu 4000 erreicht, deutlich hervor und zeigt uns aber ebenfalls deutlich, daß noch immer mehr für das Festhalten der einmal gewonnenen Kollegen getan werden muß. Sind doch nicht weniger als zirka 2600 wegen rückständiger Beiträge gestrichen worden. Der Rückgang beträgt 780 Mitglieder, nach bezahlten Beiträgen berechnet, während wir 1906 einen Zuwachs von 2582 Mitgliedern gegenüber 1905 aufzuweisen hatten. Berücksichtigen wir aber, daß Berlin allein 813 Mitglieder verloren hat und demnach für die übrigen Städte zusammengekommen noch eine Zunahme von 33 Mitgliedern vorhanden ist, so wird es jedem Kollegen sofort klar werden, daß dieser Rückgang nur auf den ungewöhnlich großen Zulauf (zirka 3300) zur Organisation in den letzten 10 Wochen vor der Berliner Lohnbewegung zurückzuführen ist. So unermesslich es auch sein mag, so waren wir uns doch klar darüber, daß wir die Zahlende nicht als dauernde Mitglieder werden erhalten können. Dazu fehlte diesen Kollegen noch zu viel zur Ueberzeugung, um nun auch die regelmäßige Beitragszahlung überwinden zu können.

Am Jahresabschluss 1905 hatte Berlin 4428 Mitglieder und am Ende 1907 sind es 5737 Mitglieder. Demnach haben wir aus dem Streitjahr 1900 Mitglieder erhalten. Die nachstehende Tabelle gibt die Mitgliederbewegung sämtlicher Filialen des 1. Bezirks wieder.

Filiale	Mitgliederzahl am Schluß 1906				Mitgliederzahl am Schluß der Quartale				Mitgliederzahl am Schluß 1907	Zunahme 1907	Zunahme 1908
	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal			
Berlin	7229	7295	6714	6617	6131	6550	5737	2408	26		
Brandenburg	125	130	134	121	123	115	127	47	—		
Bromberg	24	15	18	19	20	20	17	19	—		
Cottbus	83	78	78	74	65	86	84	39	1		
Danzig	375	395	496	531	472	356	436	334	4		
Eberswalde	47	55	47	70	63	52	65	46	1		
Elbing	27	23	22	11	9	23	15	11	—		
Frankfurt a. D.	72	70	84	73	81	70	76	44	—		
Forst	47	41	43	34	33	41	37	11	—		
Fürstentum	28	31	19	11	16	23	20	21	—		
Fürstentum	20	20	27	32	32	16	30	16	1		
Grünberg	10	10	25	26	30	9	17	21	—		
Greifswald	22	25	22	19	20	20	23	18	—		
Huden	42	48	50	49	49	36	43	28	—		
Kolberg	33	44	51	41	38	28	38	44	—		
Köslin	17	15	21	20	27	9	20	16	—		
Königsberg	252	234	244	242	236	307	192	137	3		
Landesberg	13	10	29	26	26	10	23	32	—		
Lissa	25	19	28	23	16	24	20	15	—		
Ludenz	19	20	25	22	18	15	23	14	—		
Nowawes	115	124	123	121	122	105	119	37	—		
Oranienburg	34	36	36	25	18	37	28	20	—		
Potsdam	181	186	193	194	184	163	165	50	1		
Rosen	288	306	287	265	240	204	200	145	1		
Rheinland	21	17	14	18	12	13	14	12	—		
Rathenow	16	18	19	18	6	13	12	18	—		
Sagan	23	22	23	24	27	14	23	13	2		
Spandau	135	167	145	156	133	152	146	92	1		
Stettin	250	236	275	241	217	212	203	111	1		
Swinemünde	37	27	20	4	2	45	19	9	—		
Straßburg	33	46	35	23	28	32	31	27	—		
Tiffin	54	47	50	57	45	34	44	31	—		
Thorn	57	53	37	45	34	61	46	30	—		
Wetzlar	11	11	11	13	13	13	12	4	—		
Wittenberge	20	19	26	28	22	22	20	13	—		
Weißwasser	—	—	19	16	23	—	25	20	1		
Summa	19785	19893	19490	19309	18641	18930	18150	13959	143		

1) Weißwasser war bis zum 1. April Bahnstelle von Cottbus.

Sehen wir von Berlin ab, so sind die Veränderungen in der Zahl der Mitglieder durchweg sehr gering, bezüglich der Zunahme wie auch der Abnahme. Wenn die Zunahme für Danzig nun verhältnismäßig groß erscheint, so ist das zum größten Teil auf die Gründung der Bahnstelle Brandenburg zurückzuführen. Zum Rückgang der Mitgliederzahl in Berlin ist noch hervorzuheben, daß den 395 nach Berlin ausgezogenen Mitgliedern nicht weniger als 1853 Abgänge gegenüberstehen.

Bahnstellen wurden im Laufe des verfloffenen Jahres gegründet in: Graudenz, Königsberg, Krottschin, Wodwis, Schwedt a. D. und Syd in Ostpreußen.

Aufgelöst wurden die Bahnstellen: Stolp, Stargard, Wambitz, Krottschin und Memel.

Ueber die Ursachen der Auflösung der einzelnen Bahnstellen hier nochmals einzugehen, erübrigt sich wohl nach den bereits gemachten allgemeinen Ausführungen.

Von den gegründeten Bahnstellen kommt am meisten Graudenz für die Organisation in Betracht. Wie schon im vorjährigen Bericht erwähnt, war Graudenz bereits längere Zeit Filiale und war es uns auch gelungen, einen Tarifvertrag mit den Unternehmern abzuschließen. Wie aber so oft, glaubten die Kollegen auch in Graudenz, nun alles erreicht zu haben und die Beiträge für die Organisation „sparen“ zu können. Wir wollen hoffen, daß die Kollegen nunmehr so viel aus der Vergangenheit lernten, daß sie nicht wieder in so kurzfristiger und leichtfertiger Weise unsere einzige Waffe, die wir zur Verbesserung unserer wirtschaftlichen Lage besitzen, die Organisation, vernachlässigen. Bei den anderen Bahnstellen handelt es sich um verhältnismäßig sehr kleine Städte.

In Königsberg scheint es mit dem „Gehilfen-Verein“, der 1906 von den Agenten der Scharfmacher gegründet wurde, nun doch nicht mehr klappen zu wollen. Die Herren Wehlen und Genossen haben sich ja alle erdenkliche Mühe gegeben und keine Mittel gescheut, um nur ihre Schillinge zu beschaffen, alle anderen sollten einfach ausgehungert werden. Ob die Herren nun aufhören werden, einen berartigen Terrorismus weiter auszuüben, nachdem die Unternehmung beschloffen haben, die Organisation anzuerkennen, wird sich ja bald zeigen. Daß leider auch die Organisation in einigen Städten durch verkehrtes Verhalten unserer Kollegen zurückgegangen ist, sei hier nochmals konstatiert. Sie sollen niemals doreilich und ohne vorherige Information handeln. Verdorben ist etwas sehr schnell, aber es wieder gut zu machen, hält in den meisten Fällen sehr schwer.

Unsere Radierer haben wieder sehr unter dem Terrorismus der Großindustriellen zu leiden. Was dort alles aufgehoben wird, um die Arbeiter zu zwingen, Mitglieder der „gelben“ Vereine zu werden, läßt sich hier in wenigen Worten gar nicht sagen. Gewöhnlich versuchen die Meister

in den Großbetrieben es erst mit ihren Ueberredungskünften und wo diese nicht fruchten, werden natürlich schärfere Mittel angewandt. Tritt nun einer unserer Vertrauensleute diesem Terrorismus entgegen, so ist es sicher, daß er die längste Zeit in diesem Betriebe gearbeitet hat. Berücksichtigt man, daß die durchaus nicht günstige Konjunktur den Unternehmern bei ihrer Agitation für die Streikbrechergarde so sehr zu Hilfe kommt, dann werden sie über ihren „Erfolg“ gerade nicht sehr erbaunt sein. Jedoch werden unsere Mitglieder auch in diesen Betrieben mehr wie bisher ihre Schuldigkeit tun müssen und diesen Arbeiterverrätervereinen ihre ganze Aufmerksamkeit widmen.

Trotz der Abblanung der Konjunktur hat sich die Mitgliederzahl bei den Radierern noch überall behauptet und kann von einem Rückgang bis jetzt noch nicht die Rede sein.

Wie weit sich der Unternehmerverband im Bereiche des ersten Bezirks bisher ausgedehnt hat, ist noch schwer festzustellen. So viel aber steht fest, daß die kleinen Meister, die ja überall in der Mehrzahl sind, von dem neuen Verband nicht viel wissen wollen. Jedenfalls ist ihnen das Zahlen der Beiträge zu viel. Besonders trifft dieses in den kleinen Städten zu. Es wäre jedoch falsch, zu glauben, daß die kleinen Städte vom Unternehmerverband unberührt bleiben, haben es doch die Unternehmer leicht, auf allen Veranstaltungen der Innungen ihre Werbeträume zu rühren und den noch Widerstrebenden wird dann der „Terrorismus“ des großen Gehilfenverbandes in so erschwerender Weise vorgemacht, daß sie müde werden. Unsere Kollegen haben diese Scharfmacher natürlich nicht unbeachtet gelassen und überall, sei es wo es sei, sich mehr als bisher in den Dienst der Organisation zu stellen, ist dringend nötig, denn auch im verfloffenen Jahr wurde leider noch so häufig über Arbeitsunlust der Mitglieder geklagt.

Veranstaltungen wurden im vergangenen Jahr von der Bezirksleitung 96 abgehalten. Sitzungen mit den Ortsverwaltungen bezw. Delegierten fanden 34 statt und in acht Sitzungen erledigte die Agitationskommission ihre Beratungen. In sieben Städten nahm der Bezirksleiter an den Verhandlungen mit den Unternehmern bei Lohnbewegungen, in zusammen 15 Sitzungen teil. Von 138 Tagen war der Bezirksleiter an 114 und sieben beauftragte Kollegen zusammen 24 Tage unterwegs. 26 Tage wurden zur Ueberwachung von Streiks verwandt.

Postenbewegungen gingen insgesamt ein 562, abgeandt wurden insgesamt 595.

Unsere Lohnbewegungen erstreckten sich 1907 auf 13 Filialen und 2 Bahnhöfen. Es waren beteiligt die Filialen: Kolberg, Swinemünde, Fürstentum, Sagan, Brandenburg, Danzig, Spandau, Köslin, Nowawes, Greifswald, Rosen, Bromberg, Weißwasser und die beiden Bahnstellen Muskau und Ostrowo.

In den ersten fünf Filialen kam es zur ArbeitsEinstellung bezw. Aussperrung.

In Kolberg sperrten die Unternehmer unsere Mitglieder am 18. Februar aus, trotzdem der bestehende Tarif noch bis zum 1. April Gültigkeit hatte. In den bereits stattgehabten Verhandlungen war eine Einigung über die Lohnhöhe des neu abzuschließenden Tarifs nicht zustande gekommen und nun glaubten die Meister, nicht erst bis zum 1. April warten zu müssen; sie wollten offenbar schon in der für sie günstigeren Zeit einen neuen Vertrag herbeiführen. Es wurden allerdings von ihnen andere Gründe angegeben. (Nähere Ausführungen hierüber sind in Nr. 10 des „V.-A.“ enthalten.) Durch das Eingreifen des Bezirksleiters wurde nach wenigen Tagen eine Einigung erzielt, ein neuer Tarif abgeschlossen und am 1. März die Arbeit wieder aufgenommen.

Auch eine „Aussperrung“ erfolgte am 25. März in Sagan. Ganze acht Mann wurden von drei Meistern „ausgesperrt“. Die anderen Meister folgten dem Vorstand der dortigen Zwangsinnung nicht, denn nur dieser hatte die Aussperrung einfach verhängt (!) und die schon in Nr. 14 vom v. S. bekanntgegebenen Forderungen herausgegeben, wonach sich alle Gehilfen unterschreiben sollten, daß sie keiner Organisation angehören. Die „treibende Kraft“ dieser Innung ist genügend in der vorgenannten Nummer des „Vereins-Anzeiger“ gekennzeichnet; leider treibt dieser Herr auch heute noch sein Unwesen in der genannten Innung, wenn es sich um Vereinbarung eines Tarifs handelt. Zimmerhin brachte uns die Bewegung eine Verkürzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden mit einer entsprechenden Erhöhung des Stundenlohnes.

In Swinemünde traten unsere Mitglieder am 4. März in den Streik. Da durch Verhandlungen nichts zu erreichen war, bezw. die Unternehmer sich mit einem Male so gebärdeten, als wenn sie eine Verhandlung überhaupt nicht mehr wollten, schickten sich unsere Kollegen verpflichtend, auf eine beratige Herausforderung die Arbeit einzustellen. Leider ließen sich unsere Kollegen alle in durch diese Bräuterei dazu verleiten, ohne auch die anderen, allein nur maßgebenden Verhältnisse für eine ArbeitsEinstellung genügend geprüft zu haben. Sie rechneten auf einige große Neubauten, die bis zum 1. April fertig werden sollten, dachten aber nicht an die Kleinmeister, die nunmehr ihre „Kollegen“ aus „reiner Kollegialität“ natürlich aus der Patzche haßen. Kurz, die Kollegen haben ihre eigenmächtige, unüberlegte Handlungsweise leider zu spät eingesehen. Der Streik wurde am 3. April aufgehoben. Die Unternehmer traten nun noch ein übriges und verfolgten eine größere Anzahl unserer Mitglieder durch „Schwarze Listen“. Die schlechte Konjunktur des Sommers kam ihnen auch hierher zuflatten.

Auch die Lohnbewegung in Fürstentum wurde sehr ungünstig durch die schlechte Arbeitslage in Berlin beeinflusst. Der Streik dauerte vom 8. April bis zum 18. Juni und endete mit dem Abschluß eines Tarifvertrages. Die Verbesserung des Wochenlohnes beträgt zirka 4 M für den einzelnen Kollegen.

In Brandenburg a. S. gelang es uns ebenfalls nicht ohne ArbeitsEinstellung eine Einigung herbeizuführen. Hier wurde die Arbeit am 24. Juli eingestellt, aber schon 11 Tage später wieder aufgenommen. Durch Tarifvertrag wurde eine Verbesserung von 2,50 M pro Woche erzielt.

In vielen fünf angeführten Filialen waren an der ArbeitsEinstellung resp. Aussperrung zusammen 183 Mitglieder beteiligt. Der kürzeste Streik resp. Aussperrung dauerte 10 (Kolberg), der längste Streik 62 Tage. Für alle Beteiligten zusammen sind es 1815 Streiktage.

Lohnbewegungen ohne ArbeitsEinstellung, die auch zum Abschluß eines Tarifs führten, fanden in Danzig, Spandau, Potsdam, Nowawes, Greifswald, Rosen, Weißwasser, Muskau, Bromberg und Ostrowo statt.

Mit Ausnahme von Rosen und Bromberg kamen wir immer nur allein in Frage.

Vorherdem waren wir in Berlin an einer Reihe Bewegungen gemischter Betriebe beteiligt. So waren 125 Mitglieder an der 18 Wochen andauernden Aussperrung in der Holzindustrie beteiligt. Weiter an der gleichfalls 18 Wochen dauernden Abwehrbewegung in der Elektroindustrie gegen den Terrorismus der Unternehmer bezüglich der Gründung von gelben Gewerkschaften mit 22 Mitgliedern. Zur Abwehr von schlechten Akkordpreisen waren 27 Mitglieder aus einer Wagenfabrik in den Ausstand getreten. Die Sache verlief für uns nicht ganz befriedigend und wurde die Arbeit nach 2 1/2 Wochen wieder aufgenommen. In der Mühlenbauanstalt Kapler, N.-G., wurde eine Lohnhöhung für unsere 18 dort arbeitenden Mitglieder von 2,15 M pro Woche ohne ArbeitsEinstellung erzielt. Endlich waren wir in fünf gemischten Betrieben an einer Lohnbewegung anderer Berufe mit zusammen etwa 45 Mitgliedern beteiligt. In 4 Betrieben kam es zur ArbeitsEinstellung und dauerten dann die Streiks zwei bis sieben Wochen.

Erreicht wurde in allen Lohnbewegungsarten zusammen eine Verkürzung der Arbeitszeit für 133 Kollegen, zusammen um 497 Stunden pro Woche oder im Jahresdurchschnitt pro Mitglied 3 3/4 Stunden in der Woche.

Für 1735 Kollegen wurde zusammen ein wöchentlicher Mehrverdienst von 3314,58 M erreicht oder für jeden Beteiligten im Durchschnitt 1,90 M pro Woche.

Tarife wurden zum erstenmal in sechs Städten abgeschlossen. Erneuert wurden auch sechs Tarife für sieben Filialen. Am Jahresabschluss 1907 bestanden 27 Tarifverträge.

Nachdem auch in Elbing 1906 eine Filiale unseres Verbandes gegründet war, wollten unsere Mitglieder auch ihre Arbeitsverhältnisse verbessern. Nun kommen aber dort noch einige Gewerkevereine in Betracht. Nach längeren Auseinandersetzungen wurde eine Einigung über die Einrichtung eines Tarifes mit den Mitgliedern des S.-D. Gewerkevereins erzielt. Als aber die Unternehmer sich auf nichts einlassen wollten und die Sache kritisch zu werden begann, ließen die Herren vom Gewerkeverein an einem Sonntag bei den Unternehmern herantreten, ließen sich einige Versprechungen machen und damit war für diese „Aussperrung“ die Sache erledigt. Sie hatten ihren Forderungen nachgeben wollen, und nun konnten die anderen Kollegen sehen, wo sie bleiben. Wenn man berücksichtigt, daß es die ältesten Kollegen waren, die auch am längsten in den einzelnen Werkstätten tätig sind, so wird man diesen Verrat voll und ganz zu würdigen wissen.

In Stralund war der alte Tarif gekündigt, und es sollte nun auch zu Verhandlungen mit den Meistern kommen; aber durch ein Mißverständnis, oder legen wir durch eine verkehrte Auffassung unserer Kollegen ist die Einladung der Unternehmer zur gemeinschaftlichen Sitzung unbeachtet geblieben und wurde daher auch kein Tarif abgeschlossen.

In Oranienburg war ebenfalls der alte Tarif gekündigt worden und fanden auch gemeinschaftliche Beratungen zur Schaffung eines neuen Tarifes statt. Als es aber später zum Abschluß kommen sollte, wollten die Meister, wie bereits ausführlich berichtet, überhaupt keinen Tarif mehr. Auch die Behauptungen seitens des Obermeisters, daß Tarifverträge doch eine größere Bedeutung hätten, als daß man sie gleich hermetise, wenn die Arbeit schlechter gehe, hatten keinen Erfolg. Sie brachen einfach ihr bereits gegebenes Wort. Ein Tarif wurde nicht abgeschlossen. Der Obermeister legte darauf sein Amt nieder.

Nur durch die Macht der Organisation sind die Herren zu bekehren; ob es in Oranienburg oder sonstwo ist, nirgends findet man ein wenig Verständnis und freiwilliges Entgegenkommen den Forderungen der Arbeiter gegenüber. Merkt Euch das, Kollegen, und verläßt nicht schon heutzutage für die Erstörung und Ausbreitung unserer Organisation unermüdbar tätig zu sein. Die Zeiten werden nicht besser für uns, ohne daß wir uns selber etwas durch eine straffe Einigkeit im Kampfe erringen. Darum nochmals: Kollegen! Arbeitet an dem Ausbau unserer Organisation fleißig mit, dann können wir der Zukunft ruhig entgegensehen.

Berlin. S. Jakobait.

zur Lage der Maler und Radierer in Reich.

Wenn man das Tun und Treiben der Reichs Kollegen betrachtet, so könnte man leicht in den Gedanken verkehrt werden, daß die Verhältnisse am Orte die denkbar günstigsten seien. Ist dem aber so? Wohl in wenig Orten Deutschlands stehen die Löhne der Gehilfen so tief wie in Reich, 35-40 M für Maler und 30-35 M für Radierer beträgt der Stundenlohn. Nur sehr wenig Kollegen haben das Glück, ein paar Pfennige mehr zu erhalten. Daß da das Ueberstundenunwesen sehr im Schwange ist, ist bei so niedrigen Löhnen wohl selbstverständlich. 80 Stunden Arbeitszeit die Woche, ist keine Seltenheit, ohne daß für Ueberstunden irgend welcher Ausschlag bezahlt wird. Die Vorschriften über die Arbeitsverordnungen werden fast gar nicht beachtet. Auch die Lohnzahlung läßt alles an wünschlichen übrig. Oft müssen die Gehilfen 1 Stunde und noch länger im Hausflur warten, bis ihnen der Lohn ausgehändigt wird; auch dafür gibt es keinerlei Entschädigung. Nicht viel besser sieht es in den hiesigen Kinderwagenfabriken aus. Wenn es auch einem Teil der Radierer unter äußerster Kraftanstrengung und auf die Erhaltung ihrer Gesundheit keine Rücksicht nehmenden Kollegen gelingt, einen einigermaßen auskömmlichen Lohn zu verdienen, so ist es doch der größte Teil, der mit 20 M Wochenlohn und darunter auskommen muß. Das Material hauptsächlich das Isen. Terpentinöl, das in den Fabriken verarbeitet wird, ist oft so minderwertig, daß es fast Wunder nimmt, daß Arbeiter in solchem Dunst und Gestank überhaupt arbeiten können. Ventilation ist fast nirgends oder nur in der allerprimitivsten Form vorhanden. Wenn auch im allgemeinen das Ueberstundenunwesen hier in den Fabriken seit einigen Jahren nachgelassen hat, so wird doch in einzelnen noch feste darauf losgeschüttet. Die Folge davon ist dann gewöhnlich noch Schluß der Konjunktur ein größerer oder kleinerer Lohnabzug. Wenn man sich nun obige Verhältnisse vor Augen hält, sollte man meinen, daß die Reichs Kollegen endlich zu der Ueberzeugung kommen müßten, daß es unter diesen Umständen nicht weiter geben kann. Aber weit gefehlt. Berrachten wir uns nur einmal den Besuch der Versammlungen. Bei einem durchschnittlichen Mitgliederstand von 130 Kollegen im vorigen Jahr, betrug der Besuch der Versammlungen nur 29 Kollegen im Durchschnitt. Schimpfen

über das oder jenes können sehr viele, aber hingehen und mit Hand ans Werk legen, daß die Mißstände abgeändert werden, fällt den allerwenigsten Kollegen ein. Fragt man einmal nach dem Grunde des Fernbleibens, so erfährt man, daß es die wichtigsten Gründe sind. Und haben wir Ursache den Versammlungen fernzubleiben? Wenn wir freilich mit Vergewaltigung unsere Lage verbessern könnten, dann wäre es zu verstehen. In Wirklichkeit aber ist der Zusammenschluß und die Vertretung aller Kollegen wohl notwendiger als früher. Ueberall wohin wir sehen, an allen Ecken und Enden lauern unsere Gegner auf eine Gelegenheit, wo sie der Arbeiterschaft einen Schlag versetzen können. Und nicht umsonst haben sich unsere Unternehmer organisiert. Sie verstehen es, infolge der Interesslosigkeit der Feiler Kollegen sich Vorteile durch ihre Organisation zu verschaffen. Und doch gerade oft genug haben es die Feiler Kollegen am eigenen Leibe fühlen müssen, wenn ihnen ein Geschenk in Form eines 10-20proz. Lohnabzuges verabreicht wurde. Darum, Kollegen, streift eudlich die Interesslosigkeit ab, strebt nach Verbesserung eurer Lage. Besucht die Versammlungen und sucht Euch mit allen Fragen des wirtschaftlichen Lebens vertraut zu machen. Denn nur eine feste und gut disziplinierte Organisation ist imstande, künftigen Stürmen Trost bieten zu können.

Genä. Am 11. d. M. hielt Bezirksleiter Strein-Geipzig in einer öffentlichen Malerversammlung einen sehr instruktiven Vortrag über die neuesten Pläne unserer Arbeitgeberverbände. Der Referent führte aus, daß den jetzt gegründeten Arbeitgeberverbänden ganz andere Bedeutung beizumessen sei, als den früheren. Man gründet diese angeblich, um Frieden zu stiften, in Wirklichkeit sind es aber die ausgefeiltesten Arbeitertruhorganisationen. Mittel zum Zweck sollen neuerdings die fast allerorts abzuschließenden Tarifverträge bilden, welche spätestens am 31. Dezember 1909 ablaufen. Nach Ablauf dieses Termins, ja möglichst schon jetzt plant man einen sogenannten Generaltarif einzuführen (siehe Vorgänge in Süddeutschland). Wenn man bedenkt, daß noch vor wenigen Jahren die Einführung von Lohnstarifen erkämpft werden mußte, so muß es ohne weiteres staunlich machen, daß sich auf einmal die Arbeitgeberverbände für die Abschließung von Tarifverträgen so leicht interessieren. Schon die zeitlichen Maßnahmen lassen erkennen, daß gegen unsere Organisation ein großer Schlag geführt werden soll. Um diesen parieren zu können, muß alles daran gesetzt werden, unsere Reihen und Massen zu stärken. Nach einem zündenden Schlußwort, in dem der Referent namentlich an die jüngeren Kollegen den Appell richtete, bei bevorstehenden Lohnbewegungen den Anordnungen auf Verlassen des Wohngebietes strikte Folge zu leisten, wurde die Versammlung geschlossen.

Gewerkschaftliches und Soziales.

— Einen Aestisstand zu erwerben ist schwer, schwerer ist es, ihn zu behaupten. Mit diesen Worten leitet die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ ihre Abonnements-Einladung ein. Und weiter schreibt sie: „In mildevoller, langwieriger Arbeit hat sich die deutsche Arbeiterbewegung eine Organisation geschaffen, die zwar noch immer an vielen Punkten der Festigung und Vervollständigung bedarf, die aber doch schon ein Baumerk darstellt, das mindestens einigen Schutz gegen die von den verschiedensten Seiten her drohenden Angriffe bietet. Leicht könnte die Anschauung Platz greifen, daß nunmehr weitere Anstrengungen nicht vonnöten sind! Leicht könnte sich der Glaube verbreiten, daß man die weitere Gestaltung der Dinge den bewährten Führern des Unternehmens vertrauensvoll anheimgeben, selbst aber die Hände in den Schoß legen könnte. Sind doch die Zeiten ernst genug, um jedem Fabrikanten und Handwerker vor der eigenen Tür schwere Sorgen erlösen zu lassen, deren Bekämpfung einen ganzen Mann erfordert! Es droht die Gefahr, daß in weiten Kreisen der Arbeiter, namentlich dort, wo für den Augenblick größere Arbeitskämpfe nicht zu erwarten sind, sich das Gefühl einer falschen Sicherheit einnistet, eines Vertrauens darauf, daß ja die Grundmauern der Organisation vollendet sind, und daß man um weiteres nicht Sorge zu tragen braucht.“

Erwerben ist schwer, schwerer Erworbenes zu behaupten! Jetzt gilt es mit doppelter Anstrengung, die noch vorhandenen Lücken des Zusammenhangs zu vervollständigen, jetzt gilt es, dem Bau die Festigkeit zu geben, die allein den zukünftigen Stürmen, die nicht ausbleiben werden, Trost bieten kann. Es gilt das geistige und soziale Band, das in erfreulicher Weise schon jetzt den Stand der deutschen Arbeiter umschlingt, immer weiter zu ziehen, immer mehr zu befestigen.“

Wenn wir statt Arbeitgeber Arbeiter sehen, so können wir diese Mahnung Wort für Wort unterschreiben. Darum sei sie auch unseren Kollegen zur Beachtung und Befolgung empfohlen.

— **Geht es dem Arbeiter besser als vor 12 Jahren?** Unter dieser Ueberschrift beschäftigen sich die kapitalistischen Zeitungen mit einem Artikel des sozialdemokratischen Statistikers Richard Calwer, der diese Frage behandelt. Bekanntlich ist die wirtschaftliche Lage einer jeden Gruppe im Volke abhängig von der Höhe des Einkommens auf der einen und von den Kosten der Lebenshaltung auf der anderen Seite. In dem erwähnten Artikel wird nun auf Grund der Lohnnachweisungen der Berufsgenossenschaften festgestellt, daß auf eine volle Arbeitskraft im Jahre 1895 durchschnittlich jährlich 746.68 M. entfielen, während dieser Betrag sich im Jahre 1906 auf 1027.59 M. stellte. Dies wäre eine Steigerung um rund 281 M. oder 37 Proz. Dabei ist allerdings zu bemerken, daß die Art der Lohnfeststellung bei den Berufsgenossenschaften inzwischen nicht unerheblich geändert wurde, so daß die Zahlen nicht vollständig vergleichbar sind. Auch für die Bewegung der Preise stellt der Artikel Berechnungen an, die gleichfalls zu manchen Bedenken Anlaß geben. Seit dem Jahre 1895 wird bei den zum Vergleich gewählten und nach ihrer Bedeutung für den Konsum in Rechnung gezogenen Artikeln eine Erhöhung der Kaufkraft von 100 auf rund 126 angenommen. Demnach könnte der Arbeiter im Durchschnitt für seinen jetzigen Lohn etwa um 10-12 Proz. mehr an Lebensbedürfnissen und Genüssen kaufen als im Jahre 1895. Nach einer in den Vereinigten Staaten von Amerika angestellten ähnlichen Untersuchung

hätte sich dort das Niveau des Reallohns in derselben Zeit nur um etwa 8 Proz. gehoben, so daß der Fortschritt in Deutschland beträchtlich größer gewesen wäre. Hierzu bemerkt die „Nordd. Allg. Ztg.“: „Das Ergebnis dürfte wohl im allgemeinen richtig sein. Bemerkenswert ist ferner aus dem Artikel vor allem die Tatsache, daß in einer von einem Sozialdemokraten herausgegebenen Zeitschrift ausdrücklich eine erhebliche Besserung der Lage des Arbeiterstandes festgestellt wird.“ Mit der Statistik ist es eine eigene Sache. Sie spielt nicht selten die Rolle einer wächsernen Nase, die je nach Bedarf hin und her gedreht werden kann. Ob die Calwer'sche Berechnung der Wirklichkeit entspricht, läßt sich ohne weiteres weder bejahen noch verneinen, da die Einnahmen und Ausgaben der verschiedenen Arbeitergruppen sehr kompliziert sind. Immerhin läßt sich nicht bestreiten, daß sich die Lage der großen Masse des Volkes in dem letzten Jahrzehnt gehoben hat. Dies ist aber nicht etwa das Verdienst der herrschenden Klassen, sondern lediglich das Verdienst des Klassenbewußten Proletariats, das durch seine starken Organisationen, unter dem beständigen Widerstande der Besitzenden, sich eine bessere Lebenshaltung erkämpft hat. Zu einer Konsummiserie mit der gesteigerten Lebenshaltung der Arbeiter haben also die kapitalistische Presse und ihre Hintermänner nicht die geringste Veranlassung. Wenn es nach ihnen gegangen wäre, so wäre das „gehelligte Dogma von der fortschreitenden Verelendung des Proletariats“ — über das sie ihre Wiße machen — zu einer Tatsache geworden. Das müßten sich diese Leute hinter die Ohren schreiben.

— Das Reichsbereinsgesetz ist in der 3. Lesung mit 197 gegen 168 Stimmen infolge der völkerverwässerlichen Haltung des Reichstags nach dem Kompromißbeschluß des konservativ-liberalen Blocks angenommen worden. Das neue Gesetz soll am 15. Mai d. J. in Kraft treten. Die deutsche Arbeiterklasse wird nicht verstehen, den Volksvertretern, denen sie dieses Untergetränk verdankt, zur rechten Zeit den verdienten Lohn anzuzahlen.

— Die Reichsregierung und die Sachleute. Bekanntlich glänzen die Regierungvertreter bei den Kongressen der modernen Arbeiterorganisationen durch Abwesenheit. Bei den Veranstaltungen der Besitzenden stellen sie sich rudelweise ein. Auf dem „Deutschen Handelstage“, der vor kurzem in Berlin stattfand, nahmen eine große Anzahl Regierungvertreter, an ihrer Spitze der Staatssekretär des Reichsamt des Innern v. Bethmann-Hollweg, der Unterstaatssekretär Wermuth, der Handelsminister Dr. Dellbrück und der Unterstaatssekretär Dr. Richter an den Verhandlungen teil. Herr v. Bethmann-Hollweg ergriff nach der Eröffnung der Sitzung das Wort zu einer Ansprache, in deren Verlauf er u. a. folgendes sagte:

„Bei verschiedenen Gelegenheiten habe ich bereits zum Ausdruck gebracht, wie großen Wert ich darauf lege, mit den führenden Männern des deutschen Wirtschaftslebens persönlich in Verbindung zu kommen und mich auf Grund eigener Wahrnehmung mit den Anschauungen und Wünschen der Reize des deutschen Volkes, deren wirtschaftliche Interessen wahrzunehmen ein meines Amtes ist, vertraut zu machen. Der Einladung zu der heutigen Versammlung bin ich daher gerne gefolgt. Der deutsche Handelstag hat sich die Aufgabe gestellt, an der Behandlung der öffentlichen Angelegenheiten, insbesondere an den Aufgaben, welche der Gesetzgebung und Verwaltung auf wirtschaftlichem Gebiete erwachsen, mitzuarbeiten, indem er die schwebenden Fragen in seinen Kommissionen und in den Vollversammlungen zur Erörterung bringt und das Ergebnis den gesetzgebenden Faktoren und den Verwaltungsbehörden zugänglich macht. Da ich diese Mitarbeit der Mächtigen teilhaftig für unentbehrlich halte, um unsere Gesetzgebung den Bedürfnissen des praktischen Lebens anzupassen, so kann ich Ihnen die Versicherung geben, daß den Beschlüssen des deutschen Handelstages wie früher so auch von mir, das Gewicht beigelegt wird, das der Gesamtvertretung des deutschen Handels zukommt.“

Die Unternehmer-Zeitungen sind ganz entzückt davon, daß der neue Minister für Sozialpolitik den Männern, „die mitten im wirtschaftlichen Leben stehen und demgemäß die praktische Erfahrung für sich haben“, einen bestimmenden Einfluß auf die Gestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung einräumen will. Wir stimmen mit ihm darin überein, daß es nötig ist, mit der bürokratischen Methode, die alles vom grünen Tische aus nach Schema F regeln will, zu brechen und die Praxis des Lebens zu ihrem Rechte kommen zu lassen, wir meinen aber auch, daß es eine Forderung der Gerechtigkeit ist, auch die Männer der Praxis aus den Reihen der Arbeiter zu hören. Diese Forderung wird ein frommer Wunsch bleiben.

Nach den Worten des Ministers scheint man nur die Männer aus der bestehenden Klasse für die „Mächtigen“ zu halten, „deren wirtschaftliche Interessen wahrzunehmen“ die Aufgabe der Regierung ist. Diese Auffassung des Ministeramtes eröffnet einen somosen Ausblick in die Zukunft unserer Sozialpolitik.

— Die technischen Privatangestellten und die Gewerbe-gerichte. Der Bund der technisch-industriellen Beamten richtete eine Eingabe an die Gewerbe-gerichte mit dem Ersuchen, bei den gesetzgebenden Körperschaften des Reiches gemäß § 75, Abs. 2 des Gewerbe-gerichts-Gesetzes einen Antrag auf Reform der Gewerbe-gerichte zu Gunsten der technischen Privatangestellten einzubringen. Hierfür werden folgende Vorschläge unterbreitet:

1. § 3, Abs. 2 des Gewerbe-gerichts-Gesetzes analog dem § 4 des Kaufmannsgerichts-Gesetzes wird dahin geändert, daß der Rechtsprechung des Gewerbe-gerichts auch solche Betriebsbeamte, Werkmeister und mit höheren technischen Dienststellungen betraute Angestellte unterstellt werden sollen, deren Jahres-Arbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt 5000 M. nicht übersteigt.

2. § 4, Abs. 2 des Gewerbe-gerichts-Gesetzes wird in Uebereinstimmung mit § 5, Abs. 6 des Kaufmannsgerichts-Gesetzes dahin geändert, daß auch die Streitigkeiten aus Konkurrenzklagen zur Zuständigkeit der Gewerbe-gerichte gehören sollen.

3. Die Bestimmung im § 2 des Gewerbe-gerichts-Gesetzes, wonach die Errichtung eines Gewerbe-gerichtes an eine Einwohnerzahl von 20 000 geknüpft ist, wird aufgehoben und durch die Vorschrift ersetzt, daß mindestens

in jedem Amtsgerichtsbezirk auch ein Gewerbe-gericht vorhanden sein muß.

4. Für die Erledigung der Streitigkeiten aus dem Dienstverhältnis der technischen Angestellten sind besondere Weisungen zu wählen. Zu diesem Zwecke sind die technischen Privatangestellten zu einer eigenen Wahlgruppe zusammenzufassen. Die gewählten Angestellten-Beisitzer sind besonderen Abteilungen zuzuweisen, denen die ausschließliche Erledigung der Streitigkeiten aus dem Dienstverhältnis der technischen Angestellten zu übertragen ist.

5. § 15, Abs. 1 des Gewerbe-gerichts-Gesetzes wird dahin geändert, daß die Berufswahl obligatorisch sein soll.

In der Begründung wird in ausführlicher Weise geltend gemacht, daß die Bestimmung des § 3, Abs. 2 des Gewerbe-gerichts-Gesetzes, wonach auch Betriebsbeamte, Werkmeister und mit höheren technischen Dienststellungen betraute Angestellte, deren Jahresarbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt 2000 M. nicht übersteigt, der Rechtsprechung der Gewerbe-gerichte unterstellt sind, den tatsächlichen Bedürfnissen nicht entspricht. Denn die Lage derjenigen Angestellten, die mehr als 2000 M. im Jahre verdienen, ist von den wenigen Beamten abzuheben, die sich in leitenden Stellungen befinden und infolgedessen auch relativ hohen Gehälter begehren, im großen und ganzen dieselbe wie ihrer Berufsgenossen mit einem Gehalt unter 2000 M. Sie haben daher ebenso wie ihre geringere entlohnten Kollegen und die gewerblichen Arbeiter daselbe Bedürfnis nach einer raschen und billigen Rechtsprechung. Man darf behaupten, daß die technischen Privatangestellten überhaupt vielleicht noch ein dringenderes Bedürfnis nach einer schnellen und billigen Rechtsprechung haben als die Arbeiter, da es ihnen bei einer plötzlichen Entlassung nicht so leicht wie diesen fällt, in kurzer Zeit wieder eine neue Stelle zu finden.

Eine erhebliche Mehrbelastung würde für die Gewerbe-gerichte nicht in Frage kommen, da schon jetzt die Mehrzahl der technischen Angestellten der Gerichtsbarkeit des Gewerbe-gerichts unterworfen ist. Nach gewöhnlichen Schätzungen verdienen nämlich 60 Prozent der technischen Privatangestellten nur 2000 M. im Jahr. Es nach können schon jetzt drei Fünftel aller Angestellten der Streitigkeiten aus dem Dienstverhältnis vor dem Gewerbe-gerichte austragen.

Unter den nachteiligen Wirkungen der Konkurrenz-Kaufel haben die technischen Angestellten sehr zu leiden, da halb wünschen sie gleichzeitig und sehr mit Recht die Erleichterung solcher Streitigkeiten in die gewerbe-gerichtliche Rechtsprechung. Als einen Mangel empfinden es die technischen Beamten, daß es ihnen unter der jetzigen Organisation der Gewerbe-gerichte nicht möglich ist, aus den Reihen heraus Weisiger in die Gerichte zu wählen. Nach dem vorliegenden Sachverhalt ist es nicht möglich, eine besondere Wahlgruppe, um sich eine angemessene Vertretung in den Gewerbe-gerichten zu sichern. Um auch die Angestellten und gewerblichen Arbeitern solcher industrieller Gegenden, wo eine Einwohnerzahl von 20 000 in Frage kommt, die Vorteile einer schnellen und billigen Rechtsprechung zu gewahren, wird schließlich angeregt, § 2 des Gewerbe-gerichts-Gesetzes entsprechend zu ändern.

Das Hamburgische Gewerbe-gericht befaßte sich kürzlich mit vorliegendem Antrage und beschloß, dem in den Punkten 1, 2, 3 und 5 stattzugeben, dagegen die Punkte im Punkt 4 die Unterstützung zu verlagern.

— **Verurteilung wegen Boykotts in Nordamerika.** Bürgerlichen Blättern lesen wir: „Die Sozialdemokratie und ihr nahestehende Blätter stellen bekanntlich die Verhältnisse im Verhältnis zu den Arbeiter hin. Daß dieser angebliche Boykott des Ursprunges vor Deutschland nur in der Banalität der Agitatoren besteht, haben wir mehrfach nachgewiesen. In England sind wegen Streik- und Boykottschädigungen der Arbeitgeber die Arbeiter und ihre Trade Unions mehr als verpflichtet gemacht. Jetzt wird das Urteil des höchsten amerikanischen Gerichtshofes in Sachen der Firma *De Loach & Co.*, amerikanische Hutfabrikanten, gegen die Verweigerung der Zutrittorganisation von Nordamerika (Boykottschädigung) bekannt. Das Gericht erkannte nämlich, daß das Sherman-Antitrustgesetz auf die Gewerkschaften angewendet ist, und verurteilte die Zutrittorganisation, die Firma *De Loach & Co.* 240 000 Dollar Buße zu zahlen, b. i. dreimal soviel, als der wirkliche Schaden der Firma durch den Boykott ihrer Waren beträgt. Das Gericht geht davon aus, daß vor dem Gesetz der Arbeiter- und Arbeitgebervereinigung als ein Verstoß gegen das Sherman-Gesetz anzusehen ist. Und so habe, meint der „Vorwärts“, dies Erkenntnis wie ein Donner Schlag auf die Trade Unions geübt. Der Präsident der amerikanischen Arbeiterpartei fordert die Arbeiter zum Boykott, und zwar sofort. An dies Wort werden wir erinnern, wenn die Sozialdemokratie wieder ihren politischen oder wirtschaftlichen Boykott propagiert.“

Es ist ein Zeichen von Begriffsverwirrung, ein veraltetes Produkt der Klassenjustiz als den Ausdruck der Gleichberechtigung zwischen Arbeitern und Arbeitgebern zu bezeichnen und als ein nachahmenswertes Beispiel deutsche Gerichte hinzustellen. Aber die Kapitalistenpropaganda bringt die schwierigsten Sachen fertig.

— **Arbeiterfeste.** Die „Magdeburger Volksstimme“ eine sozialdemokratische Zeitung, bringt einen Artikel über die Art, wie Arbeiterfeste veranstaltet werden sollen, wie sie eigentlich veranstaltet werden sollten. Wenn man in erster Linie das niedrige Niveau, auf dem die meisten Arbeiterfeste bewegen und dann die Zeitungen fort: „Die Art und Weise, wie die Arbeiter die Erregungssachen der gefürzten Arbeitszeit und die Arbeitstages auszunutzen, ist entscheidend für den geistigen Stand der ganzen Klasse. Würde die schwer erkämpfte freie Zeit dazu verwendet werden, die Lebensbedingungen des Spießbürgers nachzuahmen, dann wäre das Ziel seiner heroischen Vorkämpfer nicht wert. Die Forderung zur Demokratisierung der Spießbürger besteht darin, warum es leugnen? — auch in der Arbeiterfeste, gerade in der gewerkschaftlich freigestellten am stärksten. Ullricherweise sind es aber doch immer nur einzelne, deren Geist fest ansetzt und faul wird. Die proletarische Masse bleibt beweglich, suchend, lernend, wagnisfroh und geistig strebend. Fragt man sich aber, was an dem inneren Verfall dieser einzelnen schuld ist, so kommt man meistens dahinter, daß irgend eine ordinäre Gewerkschaft den Stillstand herbeigeführt hat. Der eine trinkt, der andere also jene gemeinste Form der bürgerlichen Festschmeiße, dem Arbeiter nicht zient. Der andere ist zum Theil...

Hinterl geworden, verliert sich also in jenes Wichte, persönliche Detail des Festhaltens, das den Spielbürgerlichen Kunstfreund auszeichnet. Der dritte ist vom Vereinsbegründungstempel befallen und folgt damit dem Muster der bürgerlichen Vereinsmeierei. Man sehe sich um, ob diese ärgerlichen Typen nicht schon dann und wann in unseren Reihen zu finden sind?

Wahrscheinlich betont der Artikel die Wichtigkeit solcher Arbeiterfeste, weist auf die Notwendigkeit hin, der Arbeiterschaft wirklich gediegene und künstlerische Darbietungen vorzuführen, und betont am Ende die Vorteile, die eine Zentralstelle für Arbeiterfeste bieten dürfte.

Die in den vorstehenden Ausführungen enthaltene Frage ist alt und in den leitenden Kreisen bestrebt man sich seit Jahren, das Niveau der Arbeiterfeste zu heben. Allerdings ist der Wille leichter an den Tag zu legen, als in die Praxis umzusetzen, was in unseren ganzen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen begründet liegt. Betonen möchten wir allerdings, daß die bürgerlichen Zeitungen keine Ursache haben, über die Arbeiterfeste die Nase zu rümpfen, denn wie es auf den Festen des Bürgertums hergeht, ist ja bekannt. Wer also in einem Glashaufe sitzt, soll nicht mit Steinen werfen.

Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter von Hannover, Tübingen und Umgebung. Eine im Jahre 1907 aufgenommene Statistik ist geeignet, die sozialen Verhältnisse der Arbeiter zu beleuchten. Die Aufnahme erstreckte sich auf 139 Gewerbearten, die in neun Industriegruppen zusammengefaßt sind. Von den 19 839 männlichen Befragten arbeiteten circa 2/3 in Lohn und nur 1/3 in Akkord. Am stärksten war die Akkordarbeit in der Textil- und Metallindustrie vertreten, am schwächsten im Baugewerbe und in der Holzindustrie. Bei den befragten weiblichen Arbeitern trat das Verhältnis zwischen Lohn- und Akkordarbeit in fast genau umgekehrter Weise als wie bei den Männern in die Erscheinung. Der durchschnittliche Wochenverdienst der männlichen Arbeiter betrug bei der Lohnarbeit 25,37 M., bei der Akkordarbeit 26,68 M. Bei den weiblichen Arbeitern betrug der durchschnittliche Lohnverdienst 10,97 M., während der Akkordverdienst 13,96 M. ausmachte. Die Arbeitszeit der Lohnarbeiter war durchschnittlich 57,5 Stunden. Bei den Lohnarbeiterinnen betrug sie 56,1 und bei den Akkordarbeiterinnen 57,5 Stunden pro Woche. Hier sieht man wieder deutlich, daß das Akkordsystem keine Tendenz, den Arbeitstag zu verlängern, nicht verleiht. Betrachtet man nun aber diese längere Arbeitszeit zusammen mit der größeren Intensität, die bei der Akkordarbeit in der Regel angewandt wird, so steht der Mehrerwerb in gar keinem Verhältnis zur verlängerten Arbeitszeit. Eine Gegenüberstellung von Arbeitszeit und Wochenverdienst zeigt die Wichtigkeit des schon aufgestellten Grundgesetzes: Kurze Arbeitszeit, hoher Verdienst; insbesondere sind auch die Stundenlöhne bei kurzer Arbeitszeit am höchsten. Von den 12 726 beschäftigten Männern haben 24,4 Prozent angegeben, daß ihre Frauen bzw. Kinder unter 14 Jahren durch Arbeit mit zum Unterhalte der Familie beitragen müssen. Der durchschnittliche Verdienst dieser Frauen betrug 7,32 M., jener der Kinder 2,54 M. pro Woche.

Von Arbeitslosigkeit wurden 64,7 Prozent aller männlichen Befragten betroffen und zwar durchschnittlich 46,2 Tage pro Arbeiter. Die Arbeiterinnen waren mit 54,6 Prozent aller Befragten arbeitslos, pro Arbeiterin 42,2 Tage im Durchschnitt. Die Arbeitslosigkeit verteilt sich im wesentlichen auf: Streiks männlicher Arbeiter 15,86 Prozent (weibl. 24,4 Proz.), Aussperrungen 21,3 (13,5), Arbeitsmangel 24,3 (14,5), Krankheit 30,8 (46,2). Sieht man von den etwa 87 Prozent Arbeitslosigkeit, die ja mit dem Bestreben nach besserem Lohn- und Arbeitsbedingungen im Zusammenhang stehen, ab, so bleibt ein Rest bei den männlichen Arbeitern der relativ große Arbeitsmangel, wovon die Arbeiter des Baugewerbes am meisten betroffen wurden und andererseits die sehr hohe Krankheitsziffer, an der die Metall-, Textil-, Nahrungs- und Genussmittelindustrie mit den höchsten Zahlen partizipieren. Zur Vervollständigung des sozialen Bildes gehört sicherlich auch die Beleuchtung der Wohnungsverhältnisse, hängt doch das physische und auch das psychische Wohlbefinden einer Familie in allererster Linie mit von einer guten oder schlechten Wohnung ab. Die Preise für eine halbwegs annehmbare Wohnung sind aber für den Arbeiter meistens so hoch, daß sie nur durch Einschränkung der allgemeinen Lebensführung oder durch Abvermieten einzelner Räume seiner Wohnung von ihm aufgebracht werden können. Das zeigt sich auch hier wieder in deutlicher Weise. 20,24 Prozent aller beschäftigten männlichen Arbeiter hielten ein bezw. zwei Schlafgänger. Man kann sich daraus ein Bild von der Dichtigkeit des Zusammenwohnens machen das in sittlicher und sanitärer Hinsicht nicht ohne Minderwirkung bleiben kann. Bemerkenswert ist auch die Feststellung, daß, je niedriger der Verdienst des Arbeiters ist, je mehr muß er prozentual seinem Einkommen für Wohnungsmiete ausgeben. Als Anhang ist dem Werke eine Uebersicht der amtlich festgestellten Preise für die notwendigen Lebensmittel beigegeben. Diese für die Arbeiter im allgemeinen und den Sozialpolitiker im besonderen lehrreichen statistischen Feststellungen wurden zu einer Zeit aufgenommen, als noch für Hannover eine wirtschaftliche Hochkonjunktur zu verzeichnen war; die hannoverschen Arbeiter haben die Möglichkeit, zwecks vergleichender Feststellungen später noch weitere Erhebungen vorzunehmen.

Gerichtliches.

Megen Unterschlagung von Vereinsgeldern der Filiale Rosenheim wurde der Maler Anton Greil vom Amtsgericht Bad Wibling zu 8 Tagen Gefängnis verurteilt.

Vom Ausland.

Oesterreich. Nach Salzburg, Bistitz-Biala, Villach und Leichen, wo Lohnforderungen gestellt werden, ist Buzing fernzuziehen.

Die Aussperrung in Franzensbad ist für unsere Kollegen mit Erfolg beendet. Da jeglicher Bezug fernblieb, eruchten die Schwarzmacher den Bürgermeister um Vermittlung, die dann zwischen dem erlitten und der Gehilfenvertretung zustande kam. Die Arbeitszeit wurde um

1 Stunde pro Tag verkürzt und eine allgemeine Lohnhöhung von 4 Heller pro Stunde bewilligt. Der Mindestlohn wurde auf 35, 40 und 46 Heller pro Stunde festgelegt. Akkordarbeit darf nicht stattfinden.

Gesperrt sind in Riechenberg die Werkstätten Willy Reil und Gebrüder Pech.

Ungarn. Gesperrt sind die Städte: Kassa, Szekesfehervar, Jelaszerzeg, Nagylanizs, Bees und die Franz Schloßnische Leistenvergoldungsfabrik.

Vor Lohnbewegungen stehen: Ujpest, Sombor.

Dänemark. Die Kollegen in Kopenhagen, die zum 1. April allgemeine Arbeitsniederlegung beschlossen hatten, haben nun doch noch ernste Verhandlungen mit den Unternehmern einen so vorteilhaften Tarifvertrag erzielt, daß der Streik vernieden wurde.

Schweden. In Stockholm haben unsere Kollegen schon Ende der verfloßenen Woche bei den meisten im zentralen Arbeitgeber-Verband organisierten Unternehmern die Arbeit eingestellt und andere Gruppen von Bauarbeitern sind ebenfalls schon in den Streik getreten. In Sundsvall sind die Maler ausgesperrt und in Kalmar ist ein allgemeiner Malerstreik ausgebrochen.

Schweiz. Mit gespanntem Interesse werden hier die Vorgänge im gesamten Baugewerbe in Deutschland verfolgt, besonders in unserem Berufe im Süden. Die unglaublichen Gerüchte, werden hier von der Presse kolportiert. So konnte man von 60000 (!) ausgesperrten Malergehilfen lesen.

Das Unternehmertum in der Schweiz verspricht sich besonders viel von dem „schneidigen“ Vorgehen ihrer Gesinnungsgenossen in Deutschland. Demgemäß wird auch ihr gesamtliches Auftreten mit jedem Tage unerschämter. Auf ihrer Generalversammlung am 5. März haben sie beschlossen, den Zehnstundentag wieder einzuführen! — den Zehnstundentag, wo an den bedeutendsten Orten 9 Stunden, an anderen 9 1/2 Stunden gearbeitet wird!

Diesem Kolter entsprechend ist es bis jetzt auch noch an keinem Orte zu einem friedlichen Tarifabschluß in diesem Jahre gekommen.

Den Rekord in Unverschämtheit leisten aber die Luzerner Malermeister. Eine Einladung zu Tarifverhandlungen beantworteten sie wie folgt:

„Lii. Malerfachverein Luzern! Mit Gegenwärtigen möchten wir Ihnen den Empfang Ihres Schreibens vom 8. d. M. bestätigen. Wir sind auf keinen Fall geneigt, zur Zeit mit Ihnen in Unterhandlungen zu treten und hoffen, Sie werden uns in Zukunft mit ähnlichen Schreiben verschonen!“

Namens des Malermeisterfachverbandes: Der Präsident: H. Teiler. Der Aktuar: H. Weingartner.“

Die organisierten Kollegen haben hierauf beschlossen, die Luzerner Meister soviel als möglich mit ihrer Arbeitskraft zu versorgen. Sie erwarten auch von den zureisenden Kollegen Deutschlands, daß sie die Luzerner Meister verschonen. Laßt dieselben sich mit ihren christlichen Streikbrechern vom vorigen Jahre amüßeren. Ihr Verdet anderwärts in der Schweiz auch Arbeit finden. Außer Luzern ist noch streng zu meiden: Zug, Solothurn und Schaffhausen, meist kleinere Orte. H. St.

Newyork. Eine Uebersicht über die Einwanderung nach den Vereinigten Staaten Amerikas bringt der neueste Jahresbericht des General-Einwanderungskommissärs Sargent. Danach wird die Einwanderung in den Vereinigten Staaten von 1820 bis zu dem am 30. Juni 1907 geendeten Fiskaljahre auf 25 818 067 Personen geschätzt. Aus den einzelnen Ländern war die Einwanderung während der 88 Jahre wie folgt:

Table with 2 columns: Country and Number of immigrants. Includes Germany (5 262 469), Austria and Hungary (2 575 021), Great Britain and Ireland (7 502 194), etc.

Die riesige Einwanderung aus Oesterreich-Ungarn, Rußland und Italien, die mit Schluß des Jahres 1907 ihren Kulminationspunkt erreicht zu haben scheint, hat tatsächlich erst Anno 1900 begonnen. Der bedeutende Rückgang der Einwanderung aus Deutschland datiert seit 1894, obgleich schon früher Perioden des Rückgangs dieser Einwanderung zu verzeichnen waren. Bis zum Jahre 1870 konnte man hier kaum eine Einwanderung aus Oesterreich-Ungarn, Rußland oder Italien. In einer besonderen Tabelle, die aus dem Bericht des General-Einwanderungskommissärs sorgfältig zusammengestellt ist, sind die Ziffern der vier Länder seit 1857 enthalten, denn von diesem Jahre datiert die Einwanderung aus Rußland und aus Italien, während Oesterreich-Ungarn erst im Jahre 1861 die ersten Einwanderer nach den Vereinigten Staaten gesandt hat.

Infolge der herrschenden Krise ist die Einwanderung auf ein Viertel gesunken, während die Rückwanderung, durch die große Arbeitslosigkeit, enorme Dimensionen den ganzen Winter hindurch annahm. Dadurch ist aber der verschiedenen Einwanderungsfeinden, die immer danach trachten, die Einwanderung zu erschweren, der Wind aus den Segeln genommen und im Lager der Feinde der Ausländer herrscht Ruhe.

Die Einwanderung aus Deutschland hat seit den letzten 10 Jahren bedeutend abgenommen, was sich in dem gesellschaftlichen Leben und Treiben im ganzen Lande sehr bemerkbar macht. In erster Linie sind hiervon betroffen die bestehenden deutschen Tages- und Wochenzeitungen (gleichviel ob kapitalistische oder Arbeiterzeitungen); in zweiter Linie die sogenannten Vereine, Gefangs-, Schützen-, Regal-, Arbeiter- und sonstige Arbeiterverbände; drittens das Bestehen der deutschen Gewerkschaften und der Kern der fortschrittlichen Arbeiterbewegung.

Trotz aller Aufwendung an künstlichen Mitteln von jeder Seite, ist es eine Tatsache, daß der Deutsche sich am ersten nationalisiert. Es gibt keine Nation der Welt, deren Angehörige in einem fremden Weltteil sich befinden, so schnell in eine andere übergehen, wie die Deutsche. Die Nachkommen sind so wie so verloren und nur mit geringen Ausnahmen sind sie der deutschen Sprache in Wort und Schrift mächtig oder machen Gebrauch davon. Ausnahmen spielen

nur solche, die auf dem flachen Lande sich befinden und der Landwirtschaft sich widmen.

Der Einfluß in den Vereinen macht sich dadurch bemerkbar, daß deren Leitung in sprachlicher Führung schon manchmal Einhalt geboten werden mußte, indem an Stelle der deutschen Sprache die englische gelehrt wurde. Man findet oft noch die schönsten deutschen Namen für Vereinigungen, doch wenn man genauer sich erkundigt, ist der Name noch das einzige Ueberbleibsel. Die deutschen Gewerkschaften, die den Grundstein zu der Gewerkschaftsbewegung in den Vereinigten Staaten legten und in allen Städten stark vertreten waren, sind meistens in den gebildeten Nationalverbänden aufgegangen und mit sehr wenigen Ausnahmen bestehen (außer bei den Bräuern, Bäckern, Maurern, Schreibern, Maschinisten und Malern) noch rein deutschsprechende Organisationen.

Wohl bezwecken verschiedene Vereinigungen die Förderung des deutschen Wesens und Wirkens, aller möglichen künstlichen Mittel sucht man sich zu bemächtigen, doch die schöne „deutsche Einigkeit“ hält trotz aller Bestrebungen nicht lange zusammen und verurteilt nur Spott und Hohn bei anderen Völkern.

Die deutschen Arbeiterzeitungen haben ebenfalls einen harten Kampf zu bestehen und nur mit großen Opfern können sie aufrecht erhalten bleiben. Die „Newyorker Volkszeitung“, die größte Arbeiterzeitung der Vereinigten Staaten, feierte am 22. Februar 1908 in einem der größten Lokale der Stadt das 30jährige Bestehen. Das Fest gestaltete sich zu einem großen Erfolge und spornte alle diejenigen an, die dem Fortschritt huldigen, weiter auszuhalten im Kampfe gegen die Unterdrückung jeglicher Art.

Zur Beachtung

für alle, welche an die Redaktion schreiben!

- 1. Wenn Du etwas einer Zeitung mitteilen willst, tue dies sogleich, schicke es sofort ein; denn was neu ist, wenn Du es denkst, ist vielleicht nach wenigen Stunden nicht mehr neu. 2. Sei kurz; Du sparst damit die Zeit des Redakteurs und Deine eigne. Dein Prinzip sei: Tatsachen, keine Phrasen. 3. Sei klar, schreibe nicht mit Bleistift, sondern mit Tinte und leserlich, besonders Namen und Ziffern; setze mehr Punkte als Komma; lasse einen Raum zwischen den Zeilen und am Rand. 4. Schreibe nicht „gestern“ oder „heute“, sondern den Tag oder das Datum. 5. Korrigiere niemals einen Namen oder eine Zahl, streiche das fehlerhafte Wort durch und schreibe das richtige darüber oder daneben. 6. Die Hauptsache: Beschreibe nie, nie beide Seiten des Blattes, Hundert Zeilen auf einer Seite geschrieben, lassen sich rasch zerschneiden und an die Seher verteilen. Es kommt oft vor, daß durch Beschreiben von beiden Seiten ein Beitrag heute keine Aufnahme mehr finden kann und für morgen zurückgelegt werden muß oder ganz in den Papierkorb wandert. 7. Gib der Redaktion in sämtlichen Schriftstücken Namen und Adresse an. Anonyme Zuschriften kann die Redaktion nie berücksichtigen.

Literarisches.

Im Verlag von J. G. W. Diez Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen: Sozialismus und Demokratie in der großen englischen Revolution. Von Ed. Bernstein. Zweite, durchgesehene, vermehrte und illustrierte Ausgabe. XVI und 387 Seiten. Preis broschiert M 3.50, gebunden M 4. Diese Arbeit erschien in ihrer ersten Gestalt als Teil der von Bernstein, Kautsky, Mehring und anderen herausgegebenen Geschichte des Sozialismus in Einzelabteilungen. Das Gesamtwerk ist längst begriffen und wird als solches in neuen Auflagen nicht erscheinen, sondern in einzelne Bände beziehungsweise Ausgaben zerlegt werden, wie es bereits mit Mehrings Geschichte der deutschen Sozialdemokratie geschehen ist.

Im vorliegenden Band unterbreiten wir Bernsteins Werk, das verbessert, wesentlich vermehrt und mit einigen Illustrationen ausgestattet worden ist, der inzwischen herangewachsenen jüngeren Generation. Sie lernen daraus die Triebkräfte der großen englischen Revolution kennen und gewinnen einen tiefen Einblick in das Wesen der Volkskämpfe während dieser Epoche, die auf die politische und wirtschaftliche Entwicklung Englands einen außerordentlich großen Einfluß gehabt hat.

Der Klassenkampf des Proletariats. Eine kleine Bibliothek für den denkenden Arbeiter. Unter diesem Titel erscheinen im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, eine Reihe von Abhandlungen, deren Verfasser der Genosse Parvus ist. Diese Abhandlungen, von denen jede ein abgeschlossenes Heft bildet, werden enthalten:

- 1. Der gewerkschaftliche Kampf, 2. Die kapitalistische Produktion und das Proletariat, 4. Der Sozialismus und die soziale Revolution, 4. Der Sozialismus und die soziale Revolution, 5. Der Ideenkampf gegen den Sozialismus, 6. Tatsachen und Bahnen zum proletarischen Klassenkampf.

Der Verfasser stellt sich zur Aufgabe, dem gewerkschaftlich wie politisch organisierten Arbeiter die theoretischen Grundgedanken zu geben, die notwendig sind, um sich ein selbständiges Urteil im Tageskampf der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften zu bilden. Jede Broschüre behandelt ein besonderes Thema und kann ohne Zusammenhang mit den anderen gelesen werden; alle zusammen umfassen den gesamten Wirkungskreis des Proletariats, alle seine Kämpfe, den Sozialismus und die soziale Revolution.

Die einheitliche Erfassung des so überaus weiten und verwinkelten Gebiets des proletarischen Klassenkampfes in seiner geschichtlichen Entwicklung wirft manches klärende Licht auch auf die Meinungsverhältnisse innerhalb der sozialistischen Bewegung, die sie in ihrer untergeordneten Bedeutung und ihrem relativen Wert erscheinen läßt.

Diese Schriften sind zum Studium bestimmt, sie erfordern Gedankarbeit. Eine Erkenntnis, die ohne angestrengtes Denken erworben wird, ist ebenso leicht wie flüchtig. Andere Voraussetzungen aber, als das Bemühen, durch eigenes Denken sich eine Uebersetzung zu bilden, stellen sie an den Leser nicht. Die beiden ersten Hefte sind erschienen. Heft 1 der Sammlung kostet 15 S., Heft 2 30 S.

Sachliteratur.

Decorative Vorbilder, 18. Jahrgang, Heft 7 bis 12. Jährlich 12 Hefte mit 60 farbigen Tafeln, Preis 12 M. Verlag von Jul. Hoffmann in Stuttgart.

Wiel mehr als die reine Kunst hat die angewandte dekorative Kunst die Aufgabe, den Geschmack des Volkes zu heben, da sie ja die Gegenstände, mit denen wir täglich in Berührung kommen und unsere Wohnungen dem Auge wohlgefällig gestalten soll. Die Auswahl muß also sehr sorgfältig getroffen werden, wenn kein Unheil angerichtet werden soll. Wie immer, geben auch die vorliegenden sechs Hefte Zeugnis von dem ernstlichen Streben der Redaktion, nur mit neuer, guter, wirklicher Kunst aufzutreten. So wenig das Alte kritiklos verworfen wird, ebenso wenig werden auf der anderen Seite den neuesten Modetorheiten Zugeständnisse gemacht. Deshalb wird das kunstliebende Publikum, das von der Gedankenlosigkeit der älteren Richtung erlöst, aber auch von den Eintagsproduktionen der extremen Modernen bewahrt sein möchte, diese mit sicherem Geschmack gewählten Motive stets dankbar anerkennen und aufnehmen. Aus den vorliegenden farbenprächtigen Tafeln wollen wir nur einige hervorheben: Biedermeiermotive, Pflanzenornamente, Bäumen und Rittersporn, Obereiche und Sonnenblume, Winterseen und Gebirgslandschaften. Prachtvolle, exquisite figurliche Motive bringen uns wieder die bekannten Künstler Prof. G. Sturm, Max Pechstein und Erwin Puchinger. So bieten sie Dekorationsmalern, Zeichnern, Bildhauern usw. eine unererschöpfliche Fülle verwendbarer Motive und sehr schätzenswerte Anregungen zu selbständiger Tätigkeit, so daß wir sie unseren Lesern nur bestens zum Abonnement empfehlen können.

M. Schuhmann, München, Bayerstr. 95: Illustrierte Preisliste (B Nr. 7) über Artikel zur Theater- und Dekorationsmalerei, sowie kinematographische und photographische Spezialartikel.

Sterbetafel.

Bremerhaven. Am 26. März verschied unser Kollege Friedrich Riff im Alter von 49 Jahren.
Chemnitz. Am 16. April starb nach jahrelangem Leiden der Kollege Wilhelm Bilz im Alter von 37 Jahren an der Tuberkulose.
Dresden. Am 7. April verstarben die Kollegen Emil Schäfer, 60 Jahre alt, und Friedrich Stoll, 43 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

Dereinstell.

Wie bereits den Mitgliedern bekannt sein dürfte, findet vom 22. bis 27. Juni in Hamburg der Gewerkschaftskongress statt. Laut den Bestimmungen für die Delegation zum Kongress können von Organisationen bis zu 3000 Mitgliedern 1 Delegierter und auf weitere 3000 Mitglieder je 1 Delegierter mehr entsendet werden. Auf unsern Verband werden somit bei 39 009 Mitgliedern 13 Delegierte entfallen. Nun war es aber bisher üblich, daß größere Organisationen von der Entsendung der vollen zufallenden Zahl der Delegierten Abstand nahmen, was auch bei uns aus finanziellen Gründen unlich erscheint.

Laut Beschluß der Generalversammlung zu Leipzig soll je ein Mandat an ein Mitglied des Vorstandes und an die Redaktion des Vereinsanzeigers übertragen werden. Der Vorstand und Ausschuss sind daher zu dem Entschluß gelangt, nur 7 Delegierte zu entsenden, so daß durch Auswahl 5 Delegierte zu wählen sind.

Die Anordnung bezüglich der Wahlkreiseinteilung, Aufstellung der Kandidaten sowie der Wahl selbst wird den Filialverwaltungen im Laufe der Woche zugestellt.

Duplikate wurden ausgestellt für die Kollegen: Herm. Schiebert, Buchn. 22 009, bez. 48 Wch. 07, Celle; Paul Hinz, Buchn. 18 010, bez. 43 Wch. 07, Spandau; Paul Niedoba, Buchn. 26 217, bez. 34 Wch. 07, Hamburg; Andr. Schwab, Buchn. 19 229, bez. 12 Wch. 08, Frankfurt a. M.

Der Vorstand.

Bericht der Hauptkasse vom 14. bis 21. April 1908.

Eingesandt wurde für das 1. Quartal:
Trier 25.—, Salzgungen 96.—, Neumünster 23.95, Wismar 51.40, Dranienburg 8.40, Weimar 100.—, Reiz 180.15, Meife 24.90, Landsberg 65.15, Gritz 80.85, Halberstadt 70.—, Jülich 209.77, Döppeln 85.11, Herne 63.90, Dortmund 120.36, Essen 600.—, Queblinburg 120.—, Pötau 121.06, Hagen 172.75, Bremerhaven 280.—, Cöln 283.12, Göttingen 297.69, Gotha 367.—, Schweinfurt 118.29, Detmold 182.77, Echwege 30.—, Cassel 500.04, Elbing 13.65, Saalfeld 103.05, Tilsit 82.30, Stettin 180.—, Hildesheim 133.83, Oldenburg 195.32, Radolfzell 41.20, Frankfurt a. O. 210.94, Fürstentum 34.77, Wenzelsitz 42.60, Flensburg 108.56, Guben 147.42, Delitzsch 17.45, Staffort 10.65, Neustadt a. S. 60.84, Heilbronn 18.62, Beulendorf 27.—, Mathenow 26.40, Siegen 94.77, Bochum 190.23, Wietfeld 276.47, Magdeburg 316.90, Karlsruhe 600.—, Grimmlschau 109.85, Peitzberg 285.48, Wirmalens 29.88, Königshütte 5.80, Reichenbach 72.40, Kastenlein 37.45, Konstanz 26.56, Landau 112.34, Hof 15.—, Kulmbach 20.40, Essen 80.—, Rosenheim 30.—, Lörrach 23.—, Greifswald 32.69, Stuttgart 115.94, Marburg 34.08, Pforzheim 45.03, Ingolstadt 27.85, Jilmnau 26.14, Sonnerburg 50.—, Werbau 75.—, Oberfeld 355.57, Berlin 4958.03, Wiesbaden 1071.85.

Berichtigung. In voriger Nummer muß es heißen: Rosen M 294.34, Weiba 56.95.

Hiermit schlicke ich die Einnahmen für das 1. Quartal. Alle Gelder, welche noch für das 1. Quartal eingehen, können erst in der Abrechnung des 2. Quartals verrechnet werden.

Für den Vereins-Anzeiger ging ein:
Dortmund M 8.40, Gotha 1.—, Oldenburg 2.—, Baugen 1.20, Bochum 2.50, Landau 3.20, Hof —.80.
Material wurde versandt:
D. = Beitragsmarken. E. = Eintrittsmarken.
D. = Duplikatmarken.

Kuagshurg 400 B. a 50 A, 400 B. a 20 A, 50 C, Baugen 800 B. a 50 A; Bochum 1200 B. a 60 A, 600 B. a 25 A; Coblenz 200 B. a 20 A, 25 C; Danzig 6000 B. a 60 A, 1000 B. a 50 A, 100 C, 10 D; Eckwege 2000 B. a 50 A, 10 C; Frankfurt a. M. 20 000 B. a 60 A; Frankfurt a. O. 20 C; Freiburg 1200 B. a 60 A, 100 C; Halle 8000 B. a 60 A, 800 B. a 20 A, 100 C; Hof 400 B. a 60 A; Jena 200 B. a 20 A, 20 C; Döppeln 400 B. a 50 A, 20 C; Osnabrück 400 B. a 20 A, 5 D; Pforzheim 30 C; Queblinburg 400 B. a 60 A, 400 B. a 50 A, 10 C; Radolfzell 400 B. a 50 A; Mathenow 400 B. a 50 A; Singen 400 B. a 50 A; Spandau 20 C; Tilsit 400 B. a 20 A; Trier 400 B. a 60 A; Ulm 1000 B. a 60 A, 200 B. a 20 A, 50 C, 10 D; Wittau 400 B. a 50 A, 200 B. a 20 A.

S. Wentker, Kassierer.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Maler und verw. Berufsgenossen Deutschlands

(Eingelichtete Hauptkasse Nr. 71.)

Bericht des Hauptkassierers vom 12. bis 18. April 1908.
Ueberschüsse von den örtlichen Verwaltungen wurden eingesandt von: Eute-Herford 100 M; Trarbach-Eisenach 50 M; Vester-Friedrichshagen 100 M; Schiller-Garlottenburg 400 M; Kühn-Gelsenkirchen 100 M; Eggen-Flensburg 50 M; Collin-Schw.-Hall 19.51 M; Freling-Wilmersdorf 5 Berlin 100 M; Kilmke-Schweidnitz 28 M; Markt; Scheid-Samburg-Barmbed 150 M.

Zuschüsse an die örtlichen Verwaltungen wurden eingekandt an: Babb-Landau i. Pf. 150 M; Vollborn-Landau a. Rhön 50 M; Silber-Wilhelmshaven 50 M; Schmal-Cöpenick 100 M; Gaußmann-Offenbach a. M. 25 M; Dlawski-Hirschberg i. Schl. 60 M.

Krankengelder erhielten Buchn. 30 330 G. Glimpel Pfaffschwende im Eichsfeld 25.20 M; Buchn. 14 806 G. Steffens in Melbort 12.60 M; Buchn. 24 047 B. Schinski in Bosen 12.60 M.

S. S. Vulle, Hamburg 22, Schmalenbiederstr. 11.

Anzeigen.

Tüchtiger Lackierer.

Zum sofortigen Antritt für meine neu eingerichtete Lackiererei in Blechwaren der Haus- und Küchengerätebranche. Derselbe muß „firm“ sein. Offerten mit Lohnansprüchen wolle man an F. A. Bopp, Baugen i. S., senden.

Wagenlackier-Gehülfen

finden sofort Beschäftigung. Reifegelb wird vergütet. Offerten unter G. 100 vermittelt die Expedition des „Ver.-Anz.“

Tüchtige solide Malergehülfen

in dauernde Stellung sofort gesucht. G. C. Nägele, Sonnerburg, große Rathhausstr. 14.

Tüchtige Malergehülfen

für dauernde Arbeit gesucht. H. Witt, Sonnerburg.

Empfehle den Genossen mein Fremden-Bogis, sowie Mittags- und Abendtisch in reichhaltiger Auswahl. Bahnhöfe der Filiale Berlin und des Wahlvereins.

Hermann Stramm
Berlin SO., Mitterstr. 123.

Restaurant „Klosterschenke“

Dresden-Mittstadt, Ecke Dissen- u. Seilerg. Verkehrslokal der Maler, Lackierer, Anstreicher, Arbeitnachweis, Bibliothek und Zahlabend. Bahnhöfe der Zentral-Krankenkasse. Reichhaltiger Frühstück, Mittag- und Abendtisch bei billigen Preisen. H. Hiere.

August Heinrich.

50 bunte Malvorlagen Mk. 6.—. Landschaften, Blumen, Tiere, Seestücke, Damen etc. Ph. Brühl, Seesten i. Westf.

Jeder intelligente Maler wird sich in seinem Interesse und im Interesse seiner Firma über die Fortschritte der einschlägigen Industrie orientieren.

Prospekt über das rühmlichst bekannte

Mahlers Fondin

versendet gratis und franko

Mahler & Co., Bamberg II.

Schmid-Engweller's

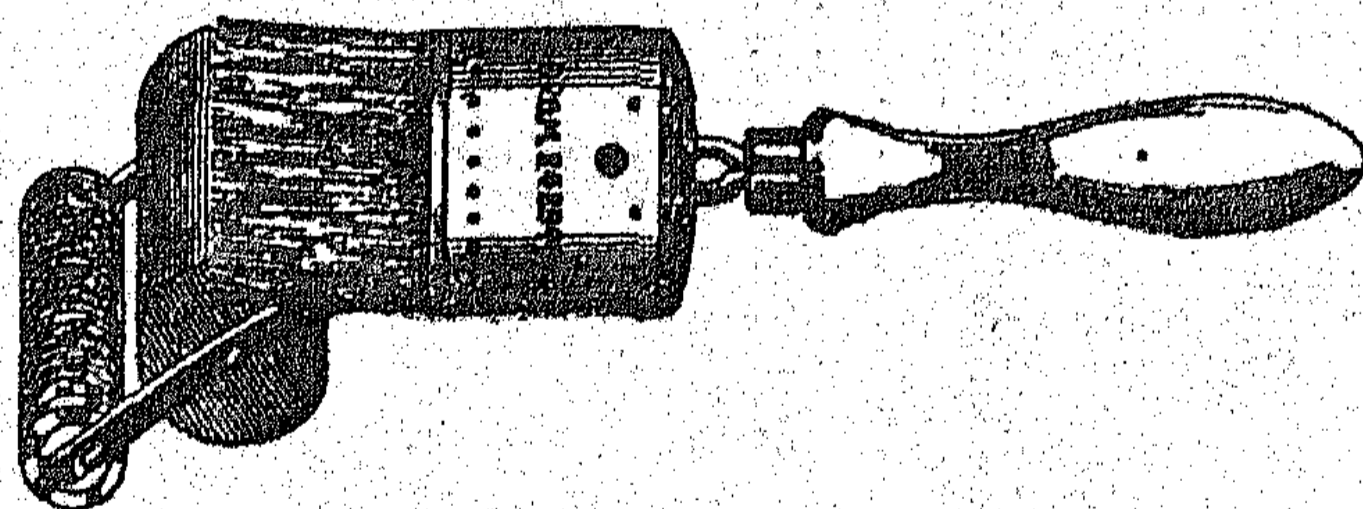
Holz- und Marmor z. Selbstunterricht

20 Blatt (über 60 Sorten) prachtvolle Naturfarben-Drucktafeln, Vorlagen für die Kundschaft, in reichhaltig. Einteil. Leisten und Gesimsen etc. samt reichillustr. Textbuch mit gründlicher Anleitung Mk. 16 auch Serienweise je fünf Blatt Mk. 4.—, alles in eleganter Mappe Mk. 16 auch Serienweise Textbuch allein Mk. 4.—.

Höchst prämiert! Paris, Liege, Mailand etc.

Zu beziehen bei H. Schmid-Engweller, Zürich, Erste Schweiz. Malerschule. Illustrierte Prospekte gratis. — Eintritt jederzeit.

Porenrollen Weiershausen.



Preis per Paar Mark 6.—, besteht aus folgend. Breiten: 1 Roll und 2 1/2 Roll. Auch einzeln zu beziehen. 3 Roll Breite Mark 4.50.

H. Weiershausen & Co., Hamburg 5, Lindenstr. 19, Schule für Holz- u. Marmor-Imitation. Beginn: 15. Okt. — 15. März. Prospekte gratis.

Der Einfluss unserer Organisation auf die Regelung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses durch Tarifverträge.

Herausgegeben vom Vorstand des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder Deutschlands. Hamburg 22.

Wir empfehlen unseren Mitgliedern dies Werk, das auf Grund der letzten aufgenommenen umfangreichen Statistik einen klaren Einblick in die allgemeine Berufslage, vor allem aber in die bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse aller Berufskollegen gewährt. Der Preis für das gebundene Exemplar beträgt 2 Mk., für die Mitglieder, wenn sie es durch die Filiale oder Zahlstelle beziehen, nur 1 Mk.



Vergrößerungen am besten und billigsten

z. B. auf Zeichenpapier 36/46 cm 45/56 cm 1.— Mk. 110 Mk. (Negative gratis) liefert

Richard Swierzy, Cos. m. b. H. Berlin C., Wallstr. 89. — Telefon Amt 1, 3008. Tägl. Anerkennungen. Preisliste gratis u. franko

Achtung Kollegen! Zwecks musikalischer Unterhaltung werden Kolleg. zur Beteiligung gewünscht. Näheres b. Kollegen F. Tholemann, Sangerhe 82, pt. Hamburg-St. Georg. Daselbst gute Hamburger und Gelfelner Küche.

Malerschule von W. Schüß, Hamburg 15.

Zeuge

gesucht, der Ende April 1904 nach Ulrich a. S. ein Delgemälde (Klostermaler) Westervied nach einer Ansichtspostkarte gemalt) zum Preise von 45 M. einzeln Rahmen geliefert hat resp. der dessen Adresse angeben kann. Gest. Nachricht an die Expedition dieser Zeitung.

Achtung! Kollegen! Achtung! Wo speisen unsere Hamburger Kollegen? Bei dem Kollegen Martin Aschberger, Fuhlenwiete Nr. 56, Ecke der U.-B.-Straße, Keller. Vorzügliche Küche.

Maler-Mäntel

nur eigenes Fabrikat und beste Qualität Umlegtragen, schräge Taschen

110 120 130 140 cm lang 3.— 3.10 3.25 3.40 M.

Mützen 40 A, Nessel-Hosen 2.10 M, Dreh-Hosen und Jacken von Leinen a 2.80 M. Extra-Größe per Stück 3.— M.

D. Wurzel & Co., Berlin
Brüdenstraße 18, I.

Neu! Farben-Spritzapparat Neu auch für Sandstein-Imitation, Preis 8 M. Neu! Porenwalzen Neu D.-R.-G.-M. Preis 7.50 M pro Paar. Wiederverkäufer gesucht.

M. Nabben, Düsseldorf. Schule für Holz- u. Marmormalerei. Semester: Vom 1. November bis 1. März.

„Süddeutsche Postillon“

Humoristisch-satirisches Witzblatt. Preis pro Nr. 10 Pf.

Verlag von M. Ernst in München

Verlangen Sie, Kollege, zur Probe einen Sag Greizer, Berliner- und Reichzieher, je einen Sag Altda- und Fischhaarmalpinfel, einen Dachvertreter, einen Schläger, einen Wobler, (je 3 Zoll breit), einen Sag Stahl- und Lederkammer (je 10 Zoll), eine Blechpalette, zu 14.50 der Nachnahme.

G. Job, Nürnberg, Tegelgasse 18.

Der heutigen Nummer liegt die Nr. 13 des Korrespondenzblattes für die Bewusstseinsmächigen und Vertrauensleute bei. Für die Redaktion verantwortlich M. W. Hamburg, Schmalenbiederstr. 17. Verlag von S. Wentker, Hamburg 22. Druck von Friedrich Weyer, Hamburg 22.